

Pofener Tageblatt

Sticker- und Zeichnungstafel
MASCOTTE
unter dem Kino Apollo
Größte Auswahl in fertig-
ausgezeichneten Arbeiten
sowie Zitate. Größte er-
neuerte Kollekt. in Muster-
vorlag. Annahme v. sämtl.
Stickeren und Monogram-
men. Billigste Preise.

Bezugspreis: In Posen durch Boten monatl. 5.50 zł, in den Aus-
gabestellen monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der Provinz
monatl. 5.— zł, bei Bestellung durch Boten monatl. 5.40 zł. Postbezug
(Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter Streifband in Polen u. Danzig
monatl. 8.— zł, Deutschland u. übriges Ausland 3.— zł. Einzel-
nummer 0.25 zł, mit Wst. Beilage 0.40 zł. — Bei höherer Gewalt.
Vertriebsleitung oder Arbeitsunterlegung besteht kein Anspruch auf
Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. —
Redaktionelle Zuschriften sind an die Schriftleitung des Pofener Tage-
blattes, Poznań, Zwierzyńska 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275.
Telegrammanzeige: Tageblatt, Poznań. Postfach-Konto in Polen:
Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Działarnia i Wydawnictwo,
Poznań). Postfach-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achteckige Millimeterzeile
17 gr. im Textteil die viereckige Millimeterzeile 75 gr. Deutschland
12 bzw. 50 Goldpf. übriges Ausland 100% Aufschlag. Platzvor-
schrift u. schwieriger Satz 50%, Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen
nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Er-
scheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die
Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung
für Fehler infolge unvollständiger Manuskripte. — Aufschrift für An-
zeigenaufträge: „Rosmos“ Sp. z o.o., Poznań, Zwierzyńska 6. Fern-
sprecher: 6275, 6105. — Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915,
in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Rosmos Sp. z o.o., Poznań).

Angengläser
in jeder Ausführung
H. Foerster
Diplom-Optiker
Poznań
ul. Fr. Ratajska 35.

70. Jahrgang

Mittwoch, 25. November 1931

Nr. 272.

Schlussfikung des Wirtschaftsbeirats

Das Programm — Zusammenfassung — Ansprache des Reichs-
kanzlers — Schlusswort des Reichspräsidenten v. Hindenburg

rst. Posen, 24. November.

Am den Wirtschaftsbeirat ging in den letzten
Tagen ein reger Streit. Seit die Führer der
Landwirtschaft die Mitarbeit aufgegeben hatten
und der Gewerkschaftenkonflikt in die sachlichen
Beratungen hineingetragen worden ist, hat sich
ein großer Teil der Presse mit der „Ergebnis-
losigkeit und Unfähigkeit“ dieses Beirates be-
fasst. Es ist nicht unsere Aufgabe, in diesem
Streit der Parteien das Wort zu ergreifen, uns
interessiert allein so sehr die Arbeit, das
kommende Wirtschaftsprogramm, das
dieser Ausschuss anstellen sollte und das die
Reichsregierung in diesem Winter durchzu-
führen hat; und uns interessiert im Zusam-
menhang damit auch die internationale
Auswirkung, von der auch das Schicksal
aller Wirtschaftskreise in Polen abhängig ist,
auch wenn das noch geleugnet wird. Der nach-
stehende Bericht ist eine Zusammenfassung der
Tatsachen, so wie sie offiziell bekannt geworden
sind, und hat die für unser Interesse unwesent-
lichen Dinge fortgelassen. Die Schluss-
anrede Hindenburgs ist ungekürzt.

Die Schlussfikung des Wirtschaftsbeirates wurde
unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten, Erz-
z. Hindenburg, in der Reichskanzlei abge-
halten; zu diesem Zweck war der Reichspräsident
in die Reichskanzlei — dem Palais des Reichs-
kanzlers — gekommen. Der Reichskanzler erstat-
ete Bericht über das Ergebnis der Beratun-
gen; hierauf ergrieffen der Reichsbankpräsident
Dr. Luther und die verschiedenen Reichsmini-
ster das Wort, um die Ausführungen zu er-
gänzen.

Die Aufgabe wurde vom Reichskanzler zu-
sammengefasst, und zwar an der Hand von
vorgelegten Fragestellungen. Der Wirtschafts-
beirat schloß sich der Auffassung der Reichsregie-
rung an, so wie der Briefwechsel, der bekanntlich
vor der Zusammenkunft des Wirtschaftsbeirates
zwischen Hindenburg und dem Reichskanzler ge-
wechselt wurde, ergeben hat und wie die Auf-
fassung auch in der Eröffnungsrede zutage ge-
treten ist. Der Sinn ging dahin, daß die wirt-
schaftspolitischen Maßnahmen, die
dringend in Angriff genommen werden
müssen zur Verminderung der Arbeitslosig-
keit und der anderen wirtschaftlichen Schwierig-
keiten, die Aufwendungen der gesamten Wirt-
schaft in weitem Maße, an die teils durch Wirt-
schaftsveränderungen, teils durch andere Gründe
bedingten Preisentwürfungen auf dem Welt-
markt und an die Vermögens- und Einkom-
menslage in Deutschland anzupassen sind.

Hierbei stellte sich der Beirat auf die Seite der
Reichsregierung, daß jegliche Maßnahmen infla-
torischer Art entschieden abzulehnen sind, und die
Aufgaben durch einen umfassenden Plan in sich
gefaßt und von einander bedingter Maß-
nahmen zu lösen sind, und daß diese Maßnahmen
nicht nur alsbald, sondern auch sofort und gleich-
zeitig getroffen werden müssen. Für den Erfolg
dieser Maßnahmen wäre die baldige Beendigung
der internationalen Deflation von wesentlicher
Bedeutung.

Auf Wunsch der Reichsregierung hat der Wirt-
schaftsbeirat die Fragen der öffentlichen
Staatswirtschaft des Reiches, der Länder
und der Gemeinden im einzelnen nicht erörtert,
er ist aber mit der Reichsregierung und der
Reichsbank der Auffassung, daß die erste Vor-
aussetzung für eine Wiedergelungung
der deutschen Wirtschaft der Ausgleich der
Hanshaften im Reich, bei der Reichsbahn, in
den Ländern und Gemeinden ist, da auch eine
gesunde Privatwirtschaft erst auf dem Boden
einer gesunden Staatswirtschaft gedeihen und
wachsen kann. Hierbei herrschte Übereinstim-
mung darüber, daß auf die Dauer die deutsche
Wirtschaft nicht in der Lage sei, öffentliche Lasten
in der jetzigen Höhe zu tragen.

Ferner sei es zur Wiederherstellung und Festi-
gung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft
im In- und Auslande notwendig, daß außer
der dringenden gebotenen Klärung der Re-
parationsfragen rechtzeitig vor Ablauf des
Stillestandsabkommens eine Neuordnung über die
in Deutschland inhaftierten ausländischen Kredite
hinsichtlich Verzinsung, Amortisation und Sicher-
stellung geschaffen werde. Der Wirtschaftsbeirat
verweist auf die bereits abgeschlossenen Arbeiten
seines zunächst eingeleiteten Unterausschus-
ses. Für eine weitere Behandlung dieses Pro-
blems, die vermutlich erforderlich sein wird, stellt
sich der Wirtschaftsbeirat durch seinen Unteraus-
schuß dem Deutschen Schuldnerausschuss weiterhin
zur Verfügung.

Wirtschaftsbeirat bestand darüber, daß eine wei-
tere notwendige Voraussetzung umfassender wirt-
schaftlicher Maßnahmen eine baldige und klare
Regelung des Verhältnisses zwischen der öffent-
lichen Hand und dem privaten Bankensystem sei,
weil die im Juli dieses Jahres, in dem Monat
der Bankentzettel, getroffenen notwendigen Rege-
lungen selbstverständlich nur als Provisorium
anzusehen sind.

Preisbildung:

Im Rahmen der umschriebenen Aufgaben
des Wirtschaftsprogramms liegt nach Auffassung
des Wirtschaftsbeirates in erster Linie eine Ein-
wirkung auf Preise und Löhne. Unter Förderung
der Bindungen, die auf beiden Gebieten bestehen,
werden sie in Übereinstimmung miteinander
gleichzeitig herabgesetzt werden müssen, um eine
unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft zu ver-
meiden. Insbesondere sind die gebundenen
Preise einem neuen Preisniveau anzupassen.
Eine systematische Aufhebung sämtlicher
Preisbindungen wird jedoch zur Erreichung die-
ses Zieles nicht empfohlen. Auch sind die er-
forderlichen Preisentwürfungen nicht durch eine pro-
zentuale gleichmäßige Verminderung der gegen-
wärtigen Preise und Preisspannen herbeizufüh-
ren. Dagegen sind Richtlinien aufzustellen, nach
denen eine dem neuen Preisniveau entsprechende
Preisliste bei allen gebundenen Preisen herbei-
geführt wird, die bisher auf einem zu hohen
Stand beharren. Sofern eine freiwillige
Anpassung der Preise an diese Richtlinien nicht
eintrifft, erscheint eine sofortige Aufhebung
der Bindungen erforderlich.

Bei der Erörterung der Preise stellte der Wirt-
schaftsbeirat fest, daß die Erzeugerpreise landwirt-
schaftlicher Güter in weitem Ausmaße unter dem
allgemeinen Preisniveau liegen. Der Wirt-
schaftsbeirat hält daher einen Ausgleich und eine
Verringerung der in vielen Gegenden noch beson-
ders hohen Preisspannen für geboten.

Hierbei wäre nach englischem Beispiel
die Einsetzung von Ausschüssen erwägens-
wert, die an Hand der Welt- und Großhandels-
preise die angemessenen Kleinhandels- und Ver-
gleichspreise mit anderen Bezirken veröffentlichen.
Ebenso erscheint dem Beirat die Anregung be-
achtlich, daß durch Ausschüsse die Preise,
insbesondere der Lebensmittel, öffentlich
bekanntgegeben werden.

Im Rahmen eines ausreichenden Gesamtpro-
gramms erscheint eine entsprechende Senkung
von Löhnen und Gehältern unvermeidlich.
Dabei muß der Grundsatz des Tarifvertrages
erhalten bleiben. Auch könnte er ohne die
gesekliche Unabhängigkeit seine wichtigen sozia-
len und wirtschaftlichen Aufgaben nicht erfüllen.
Auch auf dem Gebiete des Schlichtungs-
wesens erscheinen gezielte Änderungen zur-
zeit nicht erforderlich, dagegen ist eine veränderte
Handhabung notwendig. Insbesondere soll die
Verbindlichkeitserklärung durch Stär-
kung der Zusammenarbeit und Selbstverantwortung
der Tarifparteien eingeschränkt wer-
den.

Kredit und Zins:

Der Wirtschaftsbeirat bekräftigt die Auffassung
der Reichsregierung und der Reichsbank, daß alle
Maßnahmen abzulehnen sind, die zu einer
Inflation führen könnten. Er ist demzufolge
der Auffassung, daß alle notwendigen Kredit-
maßnahmen im Rahmen der Organisation
der Reichsbank durchgeführt werden
müssen.

Es erscheint dem Wirtschaftsbeirat erforderlich,
daß dann sofort die Reichsbank ihre
Kreditpolitik dieser neuen Lage an-
paßt und dadurch die Beschäftigungs-
möglichkeit der Wirtschaft erweitert. Auf-
gabe der Reichsregierung und Reichsbank ist es
auch, alle erforderlichen und möglichen Maß-
nahmen zur Stärkung des Devisen-
vorrats zu treffen.

Hinsichtlich der Zinsen ist der Wirtschaftsbeirat
über einstimmend der Auffassung, daß eine Sen-
kung des Zinsniveaus für die gesamte
deutsche Wirtschaft vom Geldmarkt aus als un-
bedingt notwendig anzustreben ist.

Auf dem

Geldmarkt

sind die Zinsen der Einlagen bei den Kredit-
instituten die Grundlage der Zinsen für die Dar-
lehen, die diese gewähren. Um in der schweren
Zinsbelastung der Wirtschaft Erleichterungen zu
schaffen, müssen deswegen die Habenzinsen
auf einen angemessenen Satz ermäßigt
werden. Gleichzeitig sind die Spannen zwi-

schen den Habenzinsen und den Zinsen der Aus-
leihungen zu verringern, wobei der
Wirtschaftsbeirat feststellt, daß in der letzten Zeit
der Gedanke des Risikoaufschlages zu
stark betont worden sei.

Der Risikoaufschlag muß in Zukunft indi-
viduell festgesetzt werden, was von selbst zu
einer Erleichterung der Kreditbedin-
gungen für gute Schuldner und einer Ableh-
nung schlechter Risiken und damit auch zu spar-
samer Kapitalwirtschaft führen wird.
Auch sind Maßnahmen gegen jede ungesunde
Kreditvermehrung vorzusehen.

Senkung des Zinsniveaus auf dem
Kapitalmarkt

in Wechselwirkung zu den Zinsermäßigungen auf
dem Geldmarkt hält der Wirtschaftsbeirat für
dringend erwünscht. Die Ansichten über
die Wege, die nach diesem Ziele führen können,
waren geteilt. Einmütig aber wünschte der Be-
irat eine

Einschuldung der Reichsregierung auf die
großen Träger des langfristigen Kredites,
damit diese unter Rücksichtnahme auf die bei
Durchführung des Wirtschaftsplanes zu schaffende
neue Lage auch ihrerseits bei Verlängerung von
Hypotheken den Zinsfuß ermäßigen, und daß sie
dabei von Erhebung besonderer Gebühren absehen.
Allgemein hält es der Wirtschaftsbeirat für
geboten, daß alle diese Maßnahmen möglichst auf
Grund freier Vereinbarungen der Beteiligten ge-
troffen werden.

Öffentliche Tarife:

Zur Herabsetzung der allgemeinen Lebens-
haltungskosten, die bei Senkung von Löhnen und
Gehältern zu einer unbedingten Notwendigkeit
wird, ist vor allem eine Senkung der Tarife
der öffentlichen Unternehmungen er-
forderlich. Der Wirtschaftsbeirat erkennt an,
daß in dieser Hinsicht die Reichsbahn ihre
tatsächliche Mitarbeit zugelegt hat. Wenn auch
eine Senkung der Personentaxe und eine
allgemeine Senkung der Frachten nicht möglich
erscheint, so ist die von der Reichsbahn in
Ausführung gestellte Senkung der Reichsbahn-
tarife für einzelne für die Volkswirtschaft be-
sonders wichtige Güter von größter Be-
deutung.

Der Wirtschaftsbeirat hat davon zustimmend
Kenntnis genommen, daß die Reichsregierung es
als ihre unabwendbare Aufgabe ansieht,
durch nachdrückliche Einwirkungen auf die zu-
ständigen Landes- und Kommunal-
behörden auf eine fühlbare Herab-
setzung aller übrigen öffentlichen Tarife, vor
allem bei Straßenbahn, Gas und
elektrischem Strom hinzuwirken,
um auf diese Weise Fehlbeträge, die etwa zu-
nächst eintreten, durch Konsumsteigerung
auszugleichen.

Wohnungswirtschaft:

Der Wirtschaftsbeirat hält eine Herabsetzung
der Mieten durch Anpassung an die verminderten
Einkommen für unbedingt geboten.

Die Termine für das Ende der Wohnungs-
zwangswirtschaft sind zweckmäßigerweise weiter
vorzurücken. Voraussetzung dafür ist aber
die Sicherstellung eines sozialen Miet-
rechts, insbesondere für die Inhaber der kleinen
und kleinsten Wohnungen und kinder-
reiche Familien.

Ebenso tritt der Beirat den Plänen der Reichs-
regierung hinsichtlich des Hauszinssteuer-
programms bei. Hiernach muß diese sofort
und endgültig geregelt werden, wobei allerdings
eine sofortige völlige Aufhebung
nicht möglich erscheint. Jedoch ist ein ge-
stärkter Abbau der Hauszinssteuer wün-
schenswert mit der Maßgabe, daß die Abkürzung
mit sofortiger Wirkung möglich ist.

Bankenorganisation:

Im Rahmen eines Gesamtwirtschaftsprogramms
spielen Fragen der Organisation des Bankwesens
eine erhebliche Rolle. Die in den Jahren nach
dem Kriege, insbesondere in der Inflationszeit,
eingetretene Entwidlung des deutschen Bankwesens
hat in Verbindung mit der allgemeinen Lage am
Geld- und Kapitalmarkt zu bedenklichen
Erscheinungen geführt, denen die Regierung
ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden muß.
Hierbei ist insbesondere auf Stärkung der ört-
lichen Kreditinrichtungen im Interesse einer aus-
reichenden Versorgung der mittleren und kleinen
Unternehmungen Bedacht zu nehmen.

Landwirtschaft:

Bei den Erörterungen über die Lage der land-
wirtschaftlichen Betriebe, die bereits bei den Aus-
führungen über die Preisbildung berührt worden
ist, nimmt der Beirat von den Grundgeboten der
Sicherung der Ernte im Ökono-
miegebiet Kenntnis, da tatsächlich schon in
Interesse der Volksernährung die ordnungsmäßige
Fortführung der Betriebe mit allen verfügbaren
Mitteln sichergestellt werden muß.

Nach Darlegungen dieser allgemeinen Gesichtspunkte
legte

Alles auf einen Blick:

Unter Vorsitz Hindenburgs hat in der Reichs-
kanzlei die Schlussfikung des Wirtschaftsbeirates
stattgefunden. Hindenburg hielt die Schluss-
anrede.

An dem geplanten Vertrag mit Rußland soll
Rumänien beteiligt werden. Die Verhandlungen
mit Polen gehen weiter.

In Paris konferierte Jaleski mit Laval und
Glandin.

Grandi hat in Amerika neue Besprechungen mit
Stimson abgehalten.

Die „Gazeta Polska“ preist in einem Artikel
die Verdienste Polens um die Polonisierung
Oberschlesiens.

Sie müssen lesen:

Polnische Verdienste um Oberschlesien. — Be-
teiligung Rumäniens an den polnisch-öster-
reichischen Verhandlungen. — Schlussfikung des
Wirtschaftsbeirates.

Heute Beilage „Recht und Steuern“

Reichskanzler Dr. Brüning

in der Schlussfikung Wert auf die Feststellung, daß
Wirtschaftsbeirat und Reichsregierung schließlich
auch darin einig gewesen seien, daß der Appell
an die Einsicht aller derer, die im
Wirtschaftsleben stehen, diesmal
nicht erfolglos bleiben dürfe. Es müsse
Gemeingut des gesamten Volkes werden,
daß nur der Weg der Herabsetzung aller Auf-
wendungen den Boden für den Aufstieg auf ge-
sunder und solider Grundlage und damit für eine
möglichst umfassende Wiedereinschaltung
der Millionen von bedrängten
Arbeitslosen in den Wirtschafts-
prozeß bereiten kann. Nur wenn jeder diese
Tatsache erkenne und wenn alle auch unter
vorübergehenden Opfern auf das gleiche Ziel zu-
streben, könnten die Vorschläge des Wirt-
schaftsbeirates und die Maßnahmen der Reichs-
regierung vollen Erfolg haben.

Reichspräsident v. Hindenburg

schloß darauf die Tagung des Wirtschaftsbeirates
mit folgenden Ausführungen:

„Ehe wir auseinandergehen, ist es mir Bedürf-
nis, sowohl den Mitgliedern des Wirtschafts-
beirates als auch den zu einzelnen Beratungs-
punkten zugezogenen Sachverständigen für ihre
gründliche und hingebende Arbeit, die von dem
Willen getragen war, unter Zurückstellung von
Einzelforderungen und Wünschen dem allge-
meinen Wohl zu dienen, herzlich zu danken.
Sie haben damit der Reichsregierung und mir
selbst eine wertvolle Hilfe geleistet.“

In grundlegenden Fragen haben sie
eine gemeinsame Linie gefunden. Insbe-
sondere stimmen Sie mit der Reichsregierung in
ihrer Auffassung über Zweck und Ziel der jetzt
erforderlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen
überein, auf deren Grundlage sich das Wirtschafts-
leben wieder entfalten kann.

Neben in der Auffassung über einzelne
Maßnahmen, die zu diesem großen Ziele füh-
ren sollen, die Meinungen auseinander-
gehen, in offener Aussprache ist über Grad und
Maß dieser Unterstützung in ihren Auffassungen
klarheit geschaffen. Bekundnis für die
Überzeugung des anderen wird so hoffe
ich, die Folge sein.

Wie ich in meiner Eröffnungsansprache an Sie
und heute wiederum der Herr Reichskanzler Be-
tonnte, liegt die Pflicht der Führung und des
Handelns bei der Reichsregierung.

Gestützt auf die hier beschlossenen Gesichtspunkte
und die aus der Aussprache der letzten Wochen ge-
wonnenen Erfahrungen und Anregungen wird
die Reichsregierung nunmehr ihrerseits die Maß-
nahmen beschließen, die sie zur Wiedergelung
unserer Wirtschaft und zur Aufrechterhaltung des
sozialen Friedens für notwendig hält. Ich
vertraue zuversichtlich, daß Sie, Herr Reichskanz-
ler und meine Herren Reichsminister, diese Ent-
scheidungen nunmehr mit aller Beschleunigung
fassen und Ihre baldigen Vorschläge gern
erlegen.

In der Erwartung, daß Sie mit Ihrer wert-
vollen Mitarbeit auch in Zukunft der Reichsregie-
rung bei späteren Beratungen zur Verfügung
stehen werden, schließe ich mit nochmaligem Dank
an alle, die hier mitgearbeitet haben, die Sitzung.“

Die deutsche Presse

Berlin, 24. November. Zum Abschluß der Ver-
handlungen des Wirtschaftsbeirates schreibt die
„Germania“: Dieses Ergebnis ist letzten Endes
die umfassende Erfüllung des Kanzlerwortes:
Ein armes Land muß willig sein. Daß

dieses Ziel nur bei absolut gesunder und stabiler Währung und bei ausbalancierten öffentlichen Haushalten bei Reich, Ländern und Gemeinden erreicht werden kann, ist das gemeinsame Ziel der Reichsregierung und des Wirtschaftsrates. Wir glauben, daß dieser Weg der einzige ist, der uns wieder in eine freiere Zukunft führen kann.

Das „Berliner Tageblatt“ nennt den politischen Ertrag der Beratungen „besonders gering“. Mit Befriedigung sei festzustellen, daß das Tarifrecht in seinen Grundlagen nicht angetastet worden sei.

Der „Vorwärts“ bezeichnet die neue Aktion, Einführung der Reallohn, nicht nur als eine Barbarei und wirtschaftliche Sinnlosigkeit, sondern auch als eine politische Handlung von nicht absehbarer verhängnisvoller Bedeutung.

Die „Börse“ schreibt, daß die Leitsätze alles andere nur sein einheitliches und klares Wirtschaftsprogramm darstellen.

Der „Volksanzeiger“ schreibt, die Leitsätze machen vielfach einen sehr gewundenen Eindruck. Die grundlegende Bedeutung der Reparationsfrage für die wirtschaftliche Lage überhaupt wird gar nicht gewürdigt.

„Der Tag“ steht in den Leitsätzen eine Zusammenfassung von möglichen und nach menschlichem Ermessen unmöglichen Forderungen ohne daß gesagt werde, wie man sie verwirklichen könnte.

Grandi in Amerika

Erneute Besprechungen

Am Sonnabendnachmittag ist Grandi in Baltimore eingetroffen, um dort als Gast des amerikanischen Botschafters in Rom, Garretti, in dessen Privatvilla den Sonntag zu verbringen. Wenig später kam Staatssekretär Stimson aus Washington an und hatte abends eine lange Unterredung mit Grandi, die sich bis in die späten Nachmittagsstunden ausdehnte. Am Sonntag früh reiste Stimson dann wieder nach Washington zurück. Diese Wiederaufnahme der politischen Besprechungen zeigt, daß es sich dabei um konkrete Fragen handeln muß, deren Lösung von beiden Seiten angekreht wird.

Vorläufer

über die heutige Kammerführung

Paris, 24. November. Ministerpräsident Daladier wird im Laufe des heutigen Nachmittags in der außerpolitischen Debatte das Wort ergreifen. Die „Matin“ erklärt, wird er jedoch nicht alle zur Debatte stehenden Probleme reiflich aufklären, da er sich ziemlich kurz fassen werde müssen. Dies gilt namentlich auch für die mit Hoover abgehaltenen Besprechungen, über die er sich schon mit Rücksicht darauf, daß der amerikanische Kongreß erst am 7. Dezember zusammentritt, einige Beschränkungen auferlegen werde. Jedenfalls werde die Aussprache mit den Erklärungen des Ministerpräsidenten nicht abgeschlossen werden, sondern im Gegenteil erst anheben. Viele Redner hätten sich bereits zur Debatte gemeldet, so Germain-Martin (Gruppe Dougeur), Chabrun (Sozialrepublikaner), Franklin-Bouillon und auch Oberst Fabry von der Gruppe Maginot. „Matin“ ist der Ansicht, daß auch Herriot in sie eingreifen werde. Im übrigen sei es möglich, daß Daladier, wenn es zu einer Nachsitzung kommen sollte, dann nochmals das Wort ergreift.

Maßnahmen gegen die kommunistische Bewegung in China

London, 24. November. Einer „Times“-Meldung aus Shanghai zufolge befaßt sich der Kongreß der Kommunisten in Nanjing gegenwärtig mit der kommunistischen Bewegung in den Provinzen Kiangsi, Kuch, Hunan, Honan, Fukien und Nganhsui. Die Behördenvertreter dieser Provinzen sollen erklärt haben, daß in den letzten Jahren zwei Millionen Menschen ermordet und Sachwerte in Höhe von zwei Milliarden Dollar vernichtet worden seien. Als Gegenmaßnahmen sollen militärische Operationen in allen sechs Provinzen unter einem Oberbefehlshaber geplant sein. Die Kosten dieser militärischen Unternehmung, so heißt es weiter, müßten von der Zentralregierung getragen werden.

Die letzten Telegramme

Die Vertreter Frankreichs auf der Bankierkonferenz in Berlin

Paris, 24. November. „Excelsior“ will wissen, daß die französischen Interessen auf der Bankierkonferenz über die Frage der kurzfristigen Kredite, die in Berlin stattfinden soll, von Belan und Altin wahrgenommen werden sollen. Belan ist Generaldirektor der Banque Française d'Acceptation, Altin ist Direktionsmitglied der Banque de Paris et des Pays Bas.

Chilenisch-argentinische Abrüstungskonferenz?

Paris, 24. November. Havas meldet aus Buenos Aires, daß Argentinien die Einladung Chiles, eine Zwei-Mächte-Konferenz abzuhalten, auf der eine Verständigung über die Abrüstungsfrage vor der allgemeinen Abrüstungskonferenz erzielt werden soll, günstig aufgenommen habe.

Rückkehr der deutschen Himalaja-Expedition

München, 24. November. Die vier Mitglieder der deutschen Himalaja-Expedition, Dr. Bauer, Rabburg, Hartmann, Dr. Wien und Penz, sind heute morgen, von Italien kommend, hier eingetroffen. Dr. Wien-München war bereits früher zurückgekehrt. Die Expedition hatte den neunten Versuch zur Begewinnung des Kangdangpils im Himalaja unternommen. In einer

Beteiligung Rumäniens an dem polnisch-sowjetrussischen Nichtangriffspakt?

Warschau, 24. November. (Sig. Tel.)

Wie verlautet, sollen die Verhandlungen über den Abschluß eines polnisch-sowjetrussischen Nichtangriffspaktes auch auf Rumänien ausgedehnt werden. Der „Kurjer Warszawski“ veröffentlicht heute früh ein eigenes Telegramm aus Bukarest, in dem berichtet wird, daß der polnische Gesandte in Bukarest, Graf Szembel, gestern eine längere Konferenz mit dem rumänischen Außenminister Ghika gehabt habe. Gegenstand der Konferenz sei, wie politische Kreise verlautbaren, die Frage der polnisch-sowjetrussischen Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt gewesen. Wie in diplomatischen Kreisen behauptet werde, wünsche Polen, daß Sowjetrußland zugleich mit Polen einen analogen Vertrag auch mit Rumänien abschließen. Diese Mitteilungen erwecken unter den Politikern und Diplomaten in Bukarest lebhaftestes Interesse. In Anbetracht des chinesisch-japanischen Konflikts und der Möglichkeit einer Hineinziehung Sowjetrußlands in den Strudel dieser Ereignisse rechnet man in Bukarest damit, daß Polen seinen Standpunkt hinsichtlich der Notwendigkeit einer Berücksichtigung auch Rumäniens bei dem Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Rußland leicht werden durchdrücken können.

Allerdings ist das Interesse Rumäniens an den polnisch-sowjetrussischen Verhandlungen zweifellos sehr groß. Man dürfte wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß in der letzten Zeit zwischen Rumänien und Polen eingehende Verhandlungen über dieses Thema geführt wurden. Bekanntlich hielt sich der rumänische Prinz Nikolaus, ein Bruder des Königs von Rumänien, Ende September des Jahres in diplomatischer und militärischer Mission in Warschau auf, ferner hat sich Marschall Piłsudski, nachdem er vorher mit dem in Urlaub befindlichen polnischen Gesandten Patet in Polen Konferenzen gehabt hatte, einige Tage in Rumänien aufgehalten und in Bukarest ebenfalls vertraulich mit der Regierung verhandelt. Die Rumänen werden zweifellos auch an den Einzelheiten des polnisch-sowjetrussischen Vertragsverlaufes stark interessiert sein, zumal die offizielle „Gazeta Polska“ im Frühjahr an Sowjetrußland das Angebot machte, einen Nichtangriffspakt mit Polen abzuschließen, auf den Polen eingegangen würde, selbst wenn Sowjetrußland Vorbehalte bezüglich Bessarabiens machte.

Die Warschauer Presse nimmt zu der Wiederaufnahme der Verhandlungen bisher noch nicht Stellung. Lediglich der „Kurjer Polski“, das der Regierung nahestehende Organ der polnischen Schwerindustrie, beschäftigt sich heute in einem Leitartikel mit dieser Frage. Das Blatt stellt fest, daß offensichtlich gewisse neue Momente in die internationale Politik hineingetragen seien, die Sowjetrußland dazu geneigt gemacht hätten, seine Karten aufzu decken und laut und offen zu erklären, daß Verhandlungen mit der polnischen Regierung stattfinden. Die Momente, die Sowjetrußland dazu bewegen, seien völlig klar, und man brauche nach ihnen nicht lange zu suchen. Bei der gegenwärtigen Lage im Fernen Osten müßte Sowjetrußland darauf dringen, von Europa aus durch einen beständigen und gut fundierten Frieden gesichert zu sein, der für Sowjetrußland um jeden Preis notwendig sei. Der „Kurjer Polski“ findet es dann erstaunlich, daß die sowjetrussische Regierung so sehr darauf bedacht sei, daß die französische Regierung ständig über den Lauf der Verhandlungen informiert würde. Diese unerhörte Fürsorge der Sowjetrussen um die französische Meinung sei sehr beachtend und weise direkt darauf hin, was Sowjetrußland zu den Verhandlungen mit Polen erzwungen habe. Es sei festzustellen, daß eine Veränderung der Sowjets gegenüber der französischen Meinung ihre tiefen und ernsthaften Ursachen habe, die sowohl auf der Ebene der französisch-sowjetrussischen Beziehungen lägen, als auch auf die immer realeren Grundlagen der französisch-polnischen Freundschaft zurückzuführen seien.

Ein Interview,

das nicht stattgefunden hat

Paris, 24. November. Die „Liberté“ hat gestern ein angebliches Interview mit dem französischen Botschafter in Berlin, François Poncet, veröffentlicht. Wie der Vertreter von Havas in Berlin meldet, ist er autorisiert, festzustellen, daß die von der Zeitung dem Botschafter in den Mund gelegten Äußerungen erfunden sind und keinerlei authentischen Charakter beanspruchen dürfen.

Explosionen

in einem französischen Fort

Paris, 24. November. In dem alten Fort St. Catherine von Toulon ereigneten sich gestern abend zwei Explosionen. Drei verdächtige Personen wurden festgenommen; sie sollen zwei Chebbit-Patronen angelegt und zur Explosion gebracht haben. Es wurde nur Sachschaden angerichtet.

Polnische Verdienste um Oberschlesien

Warschau, 24. November. (Sig. Tel.)

Anlässlich des gegenwärtig stattfindenden ober-schlesischen Propagandamonats veröffentlicht heute die offizielle „Gazeta Polska“ einen Leitartikel, in dem sie die Verdienste der polnischen Regierung um Oberschlesien hervorhebt. Diese Aufzählung der Verdienste wirkt allerdings ein eigenartiges Licht auf die politischen Vorgänge in Oberschlesien in den letzten Jahren. So stellt die „Gazeta Polska“ fest, daß sich unter unerhöht schweren Bedingungen in Oberschlesien ein noch nicht dagewesener historischer Prozeß vollzogen habe. Zwei Organismen, deren Unterschiede einem Abgrund gleichen, seien in dieser Zeit zusammengeführt worden. Heute könne man mit Stolz feststellen, daß Oberschlesien nach neun Jahren polnischer Herrschaft mehr polnisch sei, als es nach 200 Jahren preussischer Herrschaft deutsch war. Bei der Volksabstimmung seien in dem jetzt polnischen Teile Oberschlesiens noch 44 Prozent der Stimmen für die Deutschen abgegeben worden, bei den Sejmwahlen des Jahres 1922 hätten die Deutschen nur noch 29,2 Prozent und bei den Sejmwahlen des Jahres 1930 nur 21,8 Prozent erhalten. Heute betrage die Zahl der Deutschen in Polnisch-Oberschlesien nicht mehr als etwa 18 Prozent, wobei die Schulstatistik ein weiteres schnelles Zurückgehen beweise.

Die politischen Ergebnisse in Oberschlesien würden durch die Ergebnisse der Realisierung der Agrarreform ergänzt. Es seien bereits die riesigen Kammerrüter des Fürstentums Teschen verschwunden und viele Güter des Fürsten Pleß und anderer ober-schlesischer Magnaten seien parzelliert. Das Polentum mache auf diesem sehr schwer zu organisierenden Gebiet kühnste Fortschritte. Der größte Erfolg sei jedoch auf einem Zukunftsbereich, nämlich dem des Schulwesens, erzielt worden. In dieser Beziehung hätte die schlesische Volksgemeinschaft ein Maximum an Energie aufgebracht und geradezu erstaunende Resultate erzielt. Die Zahl der Eintragenden für die deutschen Minderheitenschulen sei im Laufe des Schuljahres auf 5,3 Prozent gesunken (die „Gazeta Polska“ hat selbst festgestellt, daß der Prozentsatz der Deutschen heute noch etwa 18 Prozent beträgt. Red.), während es im Schuljahr 1926/27 noch 30 Prozent waren. Die Schulstatistik zeige, daß 94,7 Prozent der Schuleintragungen für polnische Schulen getätigt würden. Man könnte also über die nationale Zukunft dieses Gebiets vollkommen beruhigt sein.

Die „Gazeta Polska“ hat in diesem Jubiläumsartikel wertvolle Zugeständnisse gemacht. Man wird nicht ohne größeres Interesse zur Kenntnis nehmen, daß die polnischen Behörden in neun Jahren ihrer Herrschaft Oberschlesien polnischer gemacht haben, als die „verrußten Preußen“ es in zweihundertjähriger Herrschaft deutsch machten. Auch das, was die „Gazeta Polska“ über die Ergebnisse der Agrarreform sagt, ist von Interesse. Bekanntlich war immer abgestritten, daß die Agrarreform politischen Zwecken diene. Die „Gazeta Polska“ führt selbst den Erfolg der Agrarreform als einen politischen Erfolg bei der Polonisierung Oberschlesiens an. Hinsichtlich der Schulstatistik besteht wohl kein Zweifel. Die Vorgänge um die Maurerkinder, die durch die Streichung von etwa 80 Prozent der Eintragungen für die deutsche Minderheitsschule im Jahre 1926 hervorgerufen wurden, sind international bekannt genug, um zu beweisen, wie der Prozentsatz von 5,3 der Eintragungen für die deutsche Minderheitsschulen erreicht worden ist. Man kann der „Gazeta Polska“ für ihre Eingeständnisse nur dankbar sein.

Pariser Konferenzen des Außenministers Zaleski

Warschau, 24. November. (Sig. Tel.)

Außenminister Zaleski benutzte seinen Aufenthalt in Paris, um ausgiebig mit den Mitgliedern der französischen Regierung zu konferenzieren. Gestern hat Zaleski eine längere Konferenz mit dem französischen Finanzminister Briand und abends mit dem Außenminister Rellin gehabt. Heute konferiert er mit dem Handelsminister Rolin. Bei diesen Konferenzen werden, wie gemeldet wird, wichtige wirtschaftliche und politische Fragen besprochen, die die polnische wie die französische Regierung betreffen. Außenminister Zaleski hat die Absicht, am Donnerstag oder Freitag dieser Woche Paris zu verlassen, und er wird in Warschau am Sonnabend oder Sonntag erwartet.

AUF RUF!

Die Besitzer von Anteilscheinen an der auf unserem Grundstück ul. Zwierzyniecka 1 — ul. Jasna 19 (Bristol-Haus) eingetragenen Treuhandhypothek von 700 000 Mark bitten wir um Einsendung ihrer Anteilscheine.

Nach Prüfung werden wir den Berechtigten Mitteilung über die Höhe der Aufwertung der Hypothek zugehen lassen.

Die Anteilscheine werden den Berechtigten nach Prüfung wieder ausgehändigt.

Bristol Sp. z o. o.

Früher Posener Hotelbetriebsgesellschaft T. z o. p.

Poznań, Wały Leszczyńskiego 3.

Es ergeben viele Anfragen in dieser Angelegenheit an uns, wir können diese aber erst beantworten, wenn sämtliche Anteilscheine für die Treuhandhypothek bei uns eingegangen sind.

Militarisierung der Post und Telegraphie

Warschau, 24. November. (Sig. Tel.)

Wie gemeldet wird, trägt sich die Regierung mit der Absicht, ein Gesetz zu erlassen, durch das ähnlich, wie bei der Eisenbahn, eine Militarisierung bei der Post und Telegraphie eingeführt wird. Dieses Projekt soll bereits im Postministerium von dem Chef der militärischen Abteilung, Major Romer, ausgearbeitet worden sein und dem Sejm spätestens im Januar 1932 vorgelegt werden.

Der Personenzugverkehr zwischen Deutschland und Polen

Heute am Dienstag beginnt in Warschau eine Konferenz von Vertretern polnischer und deutscher Eisenbahndirektionen. Gegenstand der Konferenz ist die gemeinsame Ausarbeitung von Fahrplänen für den Personenzugverkehr zwischen Polen und Deutschland.

Private Schulden vor Reparationsschulden Englische Blätterstimmen

London, 24. November. Die heutige Nummer der „Times“ bringt im Finanzteil eine Betrachtung über den bevorstehenden Zusammentritt des beratenden Sonderausschusses der W. J. 3., worin sie sich nachdrücklich für eine Priorität der privaten vor den Reparationsschulden einsetzt. Sie beruft sich auf die Erklärung der Londoner Ministerkonferenz vom 23. Juli d. J., auf der das Stillhalteabkommen sich aufbaute. Daran anschließend erörtert sie die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Reparationszahlungen, die nur aus dem Ueberfluß der Ausfuhr über die Einfuhr begahrt werden können, und kommt zum Schluß, daß, weil diese Ausfuhr nur durch die Deutschland gewährten privaten Kredite ermöglicht worden sei, die Natur der Dinge den privaten Schulden einen Vorrang vor den Reparationsschulden gebe. In ähnlichem Sinne schreiben auch „Financial Times“, die erklären, daß, wenn Deutschland bei der Zahlung der privaten Schulden nicht unterstützt werde, Reparationszahlungen unmöglich würden.

Was der Tag sonst noch brachte:

Der Herausgeber „Die Welt“, der die berühmte „Weltbühne“ leitet, hat wegen eines Artikels „Windiges aus der deutschen Luftfahrt“ eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren Gefängnis wegen Verleumdung militärischer Geheimnisse erhalten. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die polnische Presse verbreitet in diesem Zusammenhang die Mitteilung, daß aus dem Prozeß hervorgehe, wie Deutschland rüke und wie es diese Rührungen geheim halte.

Im Breit-Prozeß wurde gestern der Prozeß Panas vernommen, der sehr wichtige Aufklärungen über die Verhältnisse zu den Sabotageakten in der polnischen Ukraine gab. Den Bericht über diese Sitzung mit den Ergänzungen werden wir morgen veröffentlichen.

In London ist durch einen Kurzschluß ein großer Stadtteil in vollkommene Dunkelheit gehüllt gewesen. Die Geschäftsinhaber verlangten polizeilichen Schutz, da sie Plünderungen und Ausschreitungen befürchteten. Nach einer halben Stunde war der Schaden behoben.

Der Vormarsch der Japaner an der Betingsbahn schreitet weiter vor. Es handelt sich um Vorbereitungen, die denen am Konflikt sehr ähnlich sehen. Im Zusammenhang damit wird das Eintreffen einer japanischen Brigade erwähnt, die in Mufden am Sonntag eine große Parade vor dem General Hanjo abgehalten hat. Nach einer Mitteilung des japanischen Kriegsministeriums ist es den Japanern gelungen, ohne große Schwierigkeiten Hafun zu besetzen.

Der Völkerbundrat hat weiterhin in dem mandchurischen Konflikt verhandelt, und zwar über die Zusammensetzung der Untersuchungskommission, die erneut Schwierigkeiten bereitet. Es ist anzunehmen, daß der Rat seine Beratungen nicht vor Ende dieser Woche abschließen kann.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaensch. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“: Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt“.

Druck: Concordia Sp. Aka. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Zaun - Geflecht

verzinkt

2,0 mm stark 1. — 21

2,2 mm stark 1.20 — 21

pro mtr.

Einfassung 1/2 mtr. 22 gr.

Stacheldraht 1/2 mtr. 15 gr.

Alles FRANCO

Drahtgeflechtfabrik

Alexander Maennel

Nowy Tomyśl W. 5.

Schuhe

im Herbst kauft man

am besten bei Zerbst

Damen-, Herren-

u. Arbeits-Schuhe.

Schuhgeschäft Poznań,

ul. Zwierzyniecka 1

Fr. Zerbst.

Posener Kalender

Dienstag, den 24. November

Sonnenaufgang 7.10, Sonnenuntergang 15.31;
Mondaufgang 14.38, Monduntergang 3.26.
Heute früh 7 Uhr: Temperatur der Luft
— 2 Grad Cels. Südostwinde. Barometer 760.
Bewölkt.

Gestern: Höchste Temperatur 0 Grad, nie-
drigste — 2 Grad Cels.

Wettervorhersage für Mittwoch, den 25. November

Milder und wechselnd bewölkt. Zeitweise etwas
Nebel. Südwestliche Winde.
Wasserstand der Warthe: Am 24. November:
1,06 Meter.

Wohin gehen wir heute?

Theater Politi:

Dienstag: „Hulla di Bulla“.
Mittwoch, nachm.: „Der junge Wald“. (Schüler-
vorstellung.)
Mittwoch, abends: „Hulla di Bulla“.
Donnerstag: „Serafimo 1914“ — Premiere.

Theater Nowy:

Dienstag: „Alt-Heidelberg“.
Mittwoch: „Alt-Heidelberg“.
Theater „Usmiech“:
Dienstag: „Das Land des Lächelns“.
Mittwoch: „Das Land des Lächelns“.
Donnerstag: „Das Land des Lächelns“.

Kinos:

Apollo: „X 27“ (Marlene Dietrich) (5, 7, 9 Uhr)
Colosseum: „Die Nacht der Ueberrassungen“.
(5, 7, 9 Uhr).
Metropolis: „Die Jagd nach dem Schwiagerjohn“.
(15, 17, 19 Uhr).
Nowosci: „Wenn die Soldaten marschie-
ren“ (Film: „Das blutige Kleinod“). (5, 7,
9 Uhr).
Sawice: „Bomben über Monte Carlo“.
Wilsona: „Eine gefährliche Liebesgeschichte“.
(5, 7, 9 Uhr).

Kleine Posener Chronik

Der Hilfsverein deutscher Frauen Posen bittet
diejenigen, die noch Sachen für die Ausstellung
haben, diese spätestens bis Freitag, 27. d. Mts.,
im Büro Waly Polzyski 3, abzuliefern.
Kur zerbrechliche Gegenstände werden auch noch
am Montag, dem 30. d. Mts., bis 12 Uhr mit-
tags im „Schnepf“, ul. Marja Joza Nr. 18,
angenommen.

Vorsicht vor Taschendieben!

In einem Lokal auf dem Bronkerplatz
wurden dem Józef Rejz 200 Zloty aus der Tasche
gestohlen. Die Ermittlungen, die sofort ange-
stellt wurden, führten bisher zu keinem Er-
gebnis.

Anschuldigt verhaftet

Auf den Kassenbeamten der Firma Kredit
wurde vor einigen Wochen ein Raubüberfall aus-
geführt. Als der Täterhaft verdächtig wurden
ein Dobowli und Pawlak verhaftet. Jetzt wur-
den die beiden entlassen, weil die Untersuchung
ergab, daß sie unschuldig sind.

Tod aus Verzweiflung

Der Name des Selbstmörders, der sich, wie wir
gestern meldeten, vom dritten Stockwerk des
Treppenhauses ul. Starowa 20 auf den Hof
stürzte, ist nunmehr festgestellt. Es handelt sich
um den 27-jährigen Gärtners Roman Augustyniak
aus Rogowo, Kreis Znin. Er hatte sich bereits
einige Tage in Posen aufgehalten. Geldsorgen
führten die Ursache seiner Tat. Obwohl er trotz der
sehr schweren Verletzungen die Befinnung wieder-
erlangte, ist sein Zustand doch weiterhin lebens-
gefährlich. Augustyniak ist verheiratet und hat
vier Kinder.

Vom Herz-Jesu-Denkmal

Die Christus-Figur, die für das Herz-Jesu-
Denkmal bestimmt ist, hat der Bildhauer Kozłowski
bereits im Modell fertiggestellt. Das Denkmals-
komitee plant, bevor die Figur in Bronze ge-
gossen wird, ihre provisorische Aufstellung an der
bestimmten Stelle, um sich davon über-
zeugen zu können, ob die Christusfigur mit der
Umgebung harmonisiert. Für die Aufstellung ist
der 29. November in Aussicht genommen, als
Schlußtag der Volksmission „Misja Powojenna“
in Posen.

Feuer!

Gestern mittag, kurz nach 1 Uhr, gerieten im
Keller des Hauses ul. 3 Maja Nr. 5 Holzstufen,
Brennholz und Papier in Brand. Das Feuer
konnte von der Feuerwehr mit Hilfe besonderer
Kampfmittel nach etwa einstündiger Tätigkeit
gelöscht werden. Durch den Rauch ist ein Teil
der Waren im Delikatessengeschäft Beder (jetzt
Inhaber Lukomski) beschädigt worden. Es wird
angenommen, daß der Brand durch einen fortge-
worfene Zigarettenstummel entstanden ist.

Zwangsversteigerungen

Mittwoch, 25. d. Mts., vorm. 11 Uhr in
der Spektationsfirma C. Hartwig, ul. Towarowa
Nr. 15/20: eine Drehschleife, kompl. Schlafzim-
mer.

einrichtung, Schreibtische, Schränke, Tische,
Stühle, Kommoden, kleine Schränke, Eis-
schänke, Wiegestuhl, Küchenspinde, Waschtische
und verschiedene andere Haus- und Wirtschafts-
gegenstände. Die Gegenstände können eine halbe
Stunde vor Beginn besichtigt werden. — Mit-
woch, 25. d. Mts., mittags 1 Uhr ul. Fr. Rataj-
czaka 21a (Ritterstraße), Zagroda: ein Bücher-
schrank, zwei Schreibtische, Tisch, 4 Stühle, Geld-
schrank, zwei Arbeitswagen, Schreibmaschine,
Bauholz, ca. 10 Meter Kanthölzer, 25 Meter
Eichen-, Buchen- und Birkenbretter. Außerdem
verschiedene Tischbretter und 25 Schod Räder-
büchsen.

Billinger-Vortrag fällt aus

Der Vortrag von Dr. Billinger, dem einzigen
deutschen Teilnehmer an der Nautilusfahrt, muß
leider abgesagt werden, da einige Städte,
in denen gleichfalls der Vortrag stattfinden sollte,
abgesagt haben. Die Kosten sind aber so erheb-
lich, daß das Risiko leider nicht übernommen wer-
den kann.

Plötzlicher Tod in der Anklagebank

Am Posen, 24. November. Während der Ber-
handlung vor Gericht erlag Leo Bawelski plötz-
lich einem Herzschlag. Bawelski war im Frühjahr
dieses Jahres zu 2½ Monaten Gefängnis mit
Bewährungsfrist verurteilt worden, weil er den

Schreibergärtnerverein um größere Summen be-
trogen hatte. Jetzt stand er in der Anklagebank
wegen Unterschlagung von 4300 Zloty, die er
als Kassierer des Verbandes der Gewerbetreibenden
veruntrent haben soll. Als ihm die Unter-
schlagung nachgewiesen war und gerade ein neuer
Zeuge vernommen wurde, fiel er plötzlich in der
Anklagebank um. Die Verzeihung, die so-
fort eintrat, konnte nur noch den Tod feststellen.

Die Landeslebensversicherungsanstalt

Arajawe Ubezpieczeni na życie w Poznaniu,
Plac Nowomiejski 8,

fordert sämtliche Inhaber von Policen des frü-
heren Sterbekassen-Konten-Vereins und der Posen-
schen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt zur
Abhebung des valorisierten Wertes der Policen
für die Lebensversicherung auf. Die Auszahlung
erfolgt gegen Vorzeigung der Police und der
Staatsangehörigkeitsbescheinigung bzw. des Per-
sonalausweises.

Moderne Küche

Am Donnerstag, dem 26. November, nach-
mittags 4 Uhr findet in der Küche der Graben-
loge ein Vortrag über die Kochkunst nach moder-
nen Grundrissen (fleischlos) statt. Es werden
praktische Anleitungen gegeben, und im Anschluß
daran folgt ein gemeinsames Essen, gegen die Er-
stattung der baren Auslagen. Es wird gebeten,
daß sich die Interessenten rechtzeitig bei Frau
Marta Ostwald, Matejki Nr. 2, anmelden.

Wieder zahlreiche Schadenfeuer

z. Inowroclaw, 24. November. In der Nacht
vom Donnerstag zum Freitag vergangener Woche
entstand auf der Beizung der Witwe Stastkowiak
in Berlin, Kreis Strelno, ein Feuer, durch wel-
ches die Scheune mit der Ernte in kurzer Zeit ver-
nichtet wurde. Mitterbrand sind noch verschie-
dene landwirtschaftliche Geräte. Der Schaden
wird auf 3000 Zloty geschätzt, ist aber durch Ver-
sicherung gedeckt. Die Ursache des Feuers konnte
bisher nicht festgestellt werden.

1. Wronke, 24. November. In der Nacht zum
Freitag entstand auf bisher unaufgeklärte Weise
bei dem Besitzer Mieliński ein großes Schadenfeuer,
welchem eine Scheune und ein Stall zum Opfer
fielen. Mitterbrand sind große Getreidevorräte
sowie Stroh und Heu. Außerdem wurden alle
landwirtschaftlichen Maschinen ein Raub der
Flammen. Der Schaden des Besitzers ist sehr
groß, da er nur mit 3000 Zloty versichert war.
Der Brandstiftung soll ein Raubheft zugrunde
liegen. Seitens der Polizei sind Ermittlungen
eingeleitet.

2. Schmiegel, 24. November. Auf dem Gute
Borki brach ein Feuer aus, wobei Scheune, Stall
und landwirtschaftliche Geräte verbrannten. Das
Gut gehört Herrn Józef Miśkal. Der Schaden
wird mit 30 000 Zloty beziffert. Wie das Feuer
entstanden ist, weiß man bisher nicht.

Gnefner Einbrecherbande gefasst

X Gnefen, 24. November. In letzter Zeit wer-
den die Einwohner von Gnefen und der nächsten
Umgebung durch eine gefährliche Einbrecherbande
beunruhigt. Jetzt ist es der Polizei gelungen,
die Mitglieder dieser Bande zu verhaften, und
zwar einen Antoni Jędrzejka, Józef Butowicki,
Franz Słusarczyk, Edmund Brzezinski und Kazi-
mierz Jółowski aus Inowroclaw. Die Verbrecher
geben zu, 13 Einbruchsdiebstähle ausgeführt zu
haben. Als Fehler wurde eine ganze Reihe von
Personen verhaftet: Franz Witwicki aus Zdobowo
und ein Leo Lewandowski aus Popowo Tomyska.

Inowroclaw

z. Zwei Personen ertrunken. Am
letzten Sonntag ertranken im Goplosee zwischen
Siemionki und Portymiech, Kreis Strelno, das
22 Jahre alte Dienstmädchen Kazimiera Barto-
szak aus Portymiech und der 44 Jahre alte Ar-
beiter Wojciech Smigiel aus Kępczyn. Das
Unglück ist dadurch entstanden, daß der Kahn, in
welchem sich die beiden befanden, zu schwer be-
lastet war und umschlug. Es war darin noch der
Fischer Ludwig Komalski aus Portymiech und
der Schuhmacher Roman Komalski aus Kępczyn.
Diese beiden waren ebenfalls ins Wasser
gefallen, konnten sich aber durch Schwimmen ret-
ten. Die Leichen der beiden Ertrunkenen konnten
noch nicht geborgen werden.

z. Ein Kind in tosenden Teer ge-
fallen. In Sitorowo bei Argentan waren
Dachdecker mit dem Kochen von Teer beschäftigt,
als sich das dreijährige Kind des Arbeiters
Rucmar an den Kessel stellte. Ein größerer
Junge kam ebenfalls dazu. Er stieß das Kind

„Das Land des Lächelns“

Der ungeheure Erfolg, dessen sich die schöne
Operette „Das Land des Lächelns“ von Lehár er-
freut, übertrifft alle Erwartungen. Ganz Posen
spricht mit Begeisterung von der neuen Sättel-
der leichten Muse, die vom ersten Tage an sich
die Herzen aller eroberte. Am morgigen Mit-
woch gibt das Operettentheater „Usmiech“ seine
Eröffnungsoperette in ihrer Premierenbesetzung.

in den Kessel. Die Arbeiter warfen den Kessel
sofort um, so daß das Kind herausfiel. Es war
aber bereits tot.

Filehne

ss. Arbeitslosenpeijung. Am Diens-
tag, dem 24. d. Mts., wird mit der Speisung der
Armen und Arbeitslosen in unserer Stadt be-
gonnen. Die Spenden an Naturalien und Bar-
geld sind bereits für den ersten Monat gesammelt
worden. Jetzt werden die noch fehlenden Lebens-
mittel angeliefert. In die Kellerräume der Stadt-
schule ist ein zu diesem Zweck angekaufter Koch-
kessel von ca. 300 Ltr. Inhalt aufgestellt worden.
Alle Vorräte nach werden zunächst nur ca.
400 Portionen Mittagessen ausgegeben werden
können. Die Not in unserer Stadt wird immer
größer, so daß mit einer Steigerung der Teil-
nehmer an der Bepfeisung um ein beträchtliches
zu rechnen ist. Da jedoch unsere Bürger selbst
um die eigenen Existenz sehr schwer zu kämpfen
haben und in Bezug auf Spenden bereits bis an
die Grenze des Möglichen gegangen sind, muß
verhütet werden, Kreise aus der weiteren Um-
gebung um milde Gaben zu bitten. Etwaige
Spenden oder Anfragen für diesen Zweck sind an
den Magistrat Wielun, Abteilung Armenpflege,
zu richten. Auch die kleinsten Gaben werden mit
Dank entgegengenommen.

Krościn

ak. Todesfall. Hier starb der in der ulica
Bunowska wohnhafte und in weiten Kreisen
bekannte Photograph Alfred Schoen im Alter
von 51 Jahren.

Briefkasten der Schriftleitung

Sprechstunden in Briefkastenangelegenheiten
nur werktäglich von 11 bis 12 Uhr.

Gütergemeinschaft. Da die Ehe nach 1900 ge-
schlossen wurde, besteht, da kein besonderer Ver-
trag im Sinne der §§ 1487 ff. B. G. B. geschlos-
sen wurde, keine Gütergemeinschaft. Der Mann
hat nur laut § 1363 B. G. B. das Recht der Nutz-
nießung und die Pflicht der Verwaltung des sei-
tens der Frau eingebrachten Gutes. Die Frau
bleibt aber Eigentümerin.

S. B. i. A. M. Anfragen beantworten wir
grundsätzlich nur im „Briefkasten“. Nach dem
uns vorliegenden Entwurf der Novelle zum Ge-
werbesteuergesetz ist eine wesentliche Erleichter-
ung für die Handelsmühlen vorgesehen, da der
Steuerfuß für Handelsmühlen von 2 auf 1 Pro-
zent herabgesetzt werden soll. Der Steuerfuß für
Kundenmüllerei soll unverändert 2 Prozent blei-
ben, und erst vom 1. 1. 1934 allmählich auf 1 Pro-
zent herabgesetzt werden. Bei der Kundenmüllerei
gilt als Umsatz die Entlohnung in Geld oder in
Naturalien, die der Müller beim Umtausch von
Getreide gegen Mehl erhält. Für diesen Umsatz
soll in Zukunft weiterhin der Steuerfuß in Höhe
von 2 Prozent bestehen bleiben. Für alle Um-
sätze, die eine Mühle darüber hinaus tätigt (Ver-
kauf von Mehl bzw. Kleie, Schrot usw.), kommt
der ermäßigte Steuerfuß (1 Prozent) in Anwen-
dung, vorausgesetzt, daß ordnungsmäßige Han-
delsbücher geführt werden.

C. A. i. Cz. Die Tatsache, daß die Zinsen-
quittungen in deutscher Sprache ausgestellt sind,
ist kein Grund dafür, dieselben als Nachweis für
berechtigte Abzüge vom Einkommen (Art. 10 des
Einkommensteuergesetzes) abzulehnen. Da Sie die
30-tägige Frist für die Einreichung der Berufung
gegen die Steuerveranlagung nicht eingehalten
haben, erscheint es uns sehr fraglich, ob es Ihnen
gelingen wird, Ihren berechtigten Anspruch durch-
zusetzen. Sie haben nur noch die Möglichkeit, sich
mit der Bitte um Rückberufung in den vorigen
Stand an das Finanzministerium in Warschau

zu wenden. Nähere Auskunft hierüber (bzw.
Aufhebung des erforderlichen Schriftsatzes) kann
Ihnen der Verband für Handel und Gewerbe,
e. V. (Abteilung Steuerberatung), Poznań, ul.
Zwierzyniecka 8, erteilen.

M. A. in A. Sie können gegen den Mieter
eine Exmissionsklage einreichen, und da der Mie-
ter 6 Monate lang keine Miete bezahlt hat, haben
Sie die Aussicht, ein Exmissionsurteil zu er-
langen. Es erscheint uns jedoch sehr fraglich, ob
die Exmission, zumal in dieser Jahreszeit, voll-
streckt werden wird. Nach dem Mieterstufengesetz
sind Sie als Hausbesitzer verpflichtet, die Woh-
nung in bewohnbarem Zustande zu erhalten, also
gegebenenfalls auch einen neuen Fußboden zu
legen.

Fr. M. A. in Posen. Wir empfehlen Ihnen,
gegen die Einkommensteuerveranlagung Berufung
einzulegen, da die Steuerbehörde laut Art. 3 des
Einkommensteuergesetzes nicht berechtigt ist, Ihre
Lehrer Pension vom Einkommen aus Mietsein-
nahmen und Verpachtung des Grundstücks hinzu-
zuzählen. Die Steuerreklamation ist in diesem
Falle kempelfrei.

S. B. A. T. 1.—2. Laut Art. 8, Ziffer 5
des Gewerbesteuergesetzes sind Handwerker, die
„mit einer Hilfskraft“ arbeiten, von der Pflicht
der Zahlung der Umsatzsteuer befreit. Nach der
Auslegung dieser Bestimmung durch das Finanz-
ministerium gelten auch Lehrlinge und andere
jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren als „eine
Hilfskraft“. Wenn Sie also zwei Lehrlinge be-
schäftigen, müssen Sie sowohl ein Patent einlösen,
als auch Umsatzsteuer zahlen. Wir erwähnen hier-
bei, daß nach dem Entwurf der Novelle zum Ge-
werbesteuergesetz die Befreiung von der Gewerbe-
steuerpflicht nur noch für solche Handwerker gel-
ten soll, die allein, ohne Hilfskraft, arbeiten. Die
Beantwortung der Frage 2 wird infolgedessen
hinfällig. 3. Zur Zahlung der Einkommensteuer
ist gemäß Art. 7 jeder verpflichtet, der ein Jahres-
einkommen von über 1500 Zloty hat. Laut Art. 50,
Abs. 6 c sind Personen, deren Haupteinkommens-
quelle ein gewerbliches Unternehmen 8. Kategorie
ist, von der Pflicht, eine Einkommensteuererklärung
abzugeben, befreit. Diese Befreiung von der
Abgabepflicht einer Einkommensteuererklärung
gilt natürlich auch für Handwerker, die von der
Pflicht zur Zahlung der Gewerbesteuer befreit
sind. Laut Art. 50, Abs. 6 können aber solche
Personen von der Steuerbehörde zur Abgabe einer
Einkommensteuererklärung aufgefordert werden.

Rundfunkrede

Rundfunkprogramm für Donnerstag, 26. November

Posen, 7.15: Morgenzeitung. 11.40: Von War-
schau: Presse. 12: Zeitzeichen. 12.35: Von War-
schau: Schulkonzert. 14: Börse. 17.10: Propa-
gandawoche für Oberschlesien. 17.35: Von War-
schau: Solistkonzert. 19.05: Die Aussprache.
19.10: Für den Landwirt. 19.25: Beiprogramm.
19.45: Von Warschau: Presse. 20: Landwirtschaft-
licher Funkbriefkasten. 20.15: Von Prag: Euro-
päische Konzerte. In der Pause: Theater- und
Funkprogramm für Freitag, 22.30: Von Warschau:
Presse. 22.35: Zeitzeichen, Sports und Polizeinach-
richten. 22.50—23.05: Vortrag: Die Tatkraft.

Warschau, 11.40: Presse. 11.58: Zeitzeichen.
12.10: Wetter. 12.35: Schulkonzert. 14.45: Schall-
platten. 15.05: Landwirtschaftlicher Bericht. 15.15:
Nachrichten 2. O. P. 15.25: Bühertunde. 15.45:
Schiffahrt. 15.50: Kinderstunde. 1. Teil von War-
schau, 2. Teil von Wilna. 16.40: Schallplatten.
17.35: Solistkonzert. 18.50: Verschiedenes. 19.25:
Funkprogramm für Freitag. 19.30: Schallplatten.
19.45: Presse. 20: Geuilleton. 20.15: Einleitende
Worte zu dem europäischen Konzert aus Prag.
20.30: Von Prag: Europäisches Konzert. 22.30:
Presse. 22.35: Wetter, Polizeibericht. 22.40:
Sportnachrichten. 22.45—24: Leichte Musik und
Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz. 6.45: Für Tag und Stunde.
Anschließend: Konzert auf Schallplatten. 9.10:
Schulkonzert. 11.35, 13.10, 13.50: Schallplatten. 12.10:
Was der Landwirt wissen muß. 15.25: Kinderfunk.
15.50: Das Buch des Tages. 16.05: Der Haus-
musik gewidmet! 16.35: Unterhaltungskonzert.
18: Das wird Sie interessieren! 18.15: Stunde der
Musik. 18.45: Stunde der Arbeit. 19.10: Wetter
für die Landwirtschaft. Anschließend: Anton Do-
rak. Funkkapelle. 20.15: Musik der Oper „Martha“
oder „Der Markt zu Richmond“. 21: Rudolf
Mirbi: Blick in die Zeit. 21.25: Violinkonzert.
22.20: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programm-
änderungen. 22.40: Schleifische Arbeitsgemeinschaft
„Wochenende“. allerlei Neues. Kländerei von
Ewald Fröhlich. 22.50: R. Erich Spaeth: Jahn
Minuten Sport für den Laien. 23—24: Kabarett
auf Schallplatten.

Königswusterhausen. 6.50: Von Berlin: Früh-
konzert. 10.10: Schulkonzert. 11.30: Vortrag für
praktische Landwirte. Det.-Nat. Fr. Reiser: Markt-
und Absatzfragen: Wie kann ich meinen But-
terabsatz rentabel gestalten? 12: Wetter für die
Landwirtschaft. Anschließend: Orchesterkonzert
(Schallplatten). 14: Von Berlin: Konzert. 15:
Kinderstunde. 15.45: Frauenstunde. 16: Pädagogi-
scher Funk. 16.30: Von Berlin: Konzert. 19: Hoch-
schulfunk. 18.55: Wetter für die Landwirtschaft.
19: Stunde des Landwirts. 19.45: Ob.-Ing. Malra:
Viertelfunde Funktechnik. 20.05: Maximilian
Müller-Zabusch: Welpolitische Stunde. 20.30:
Von Prag: Aus dem Smetana-Saal im Stadt-
schloß: Europäisches Konzert. Während der Pause
(21.15): Tages- und Sportnachrichten. 22.30:
Wetter, Tages- und Sportnachrichten. Anschlie-
ßend bis 0.30: Von Berlin: Tanzmusik.

KINO APOLLO

Heute

grosse
Premiere

„X-27“

mit Marlene Dietrich.

Testament und Erbschaftsregelung

Was muß man bei Aufstellung einer letztwilligen Verfügung beachten?
(Schluß)

Neben diesen ordentlichen Testamentformen kennt unser bürgerliches Recht noch außerordentliche Testamente, so vor allem das Testament bei Todesbesorgnis und das Testament an abgesperrtem Ort. Wenn die Besorgnis besteht, der Erblasser werde früher sterben als die Errichtung vor einem Richter oder Notar möglich ist, so kann das Testament vor dem Vorsteher der Gemeinde, in deren Bezirk sich der Erblasser aufhält, unter Hinzuziehung zweier Zeugen errichtet werden. Das gleiche gilt, wenn sich der Erblasser an einem Orte aufhält, welcher dergestalt abgesperrt ist, daß die Errichtung eines ordentlichen öffentlichen Testaments nicht möglich oder erheblich erschwert ist. Beide Testamente gelten jedoch als nicht errichtet, wenn seit der Errichtung 3 Monate verstrichen sind und der Erblasser noch lebt. Weitere außerordentliche Testamente sind die Seetestamente, errichtet auf hoher See, und die Militärtestamente.

Jedes Testament bleibt so lange in Gültigkeit, vorausgesetzt, daß es seinem Inhalte nach nicht nichtig ist, als es von dem Erblasser nicht widerrufen wird. Der Erblasser kann das Testament im ganzen und jede einzelne testamentarische Verfügung jederzeit widerrufen. Nur, wenn er statt eines Testaments einen Erbvertrag errichtet, ist er gebunden, ebenso beim Ehevertrag nach dem Tode eines Ehegatten in Bezug auf gemeinschaftliche Verfügungen der Ehegatten. Der Widerruf kann auf verschiedene Weise er-

folgen. Der Erblasser kann ein neues Testament errichten und hierin das alte ausdrücklich widerrufen oder andere Verfügungen im neuen Testament in Bezug auf das frühere Testament treffen; insoweit gilt dann das frühere Testament als aufgehoben. Ferner kann ein Testament dadurch widerrufen werden, daß der Erblasser die Urkunde in der Absicht, das Testament aufzuheben, vernichtet. Wenn ein Dritter ohne den Willen des Erblassers das Testament vernichtet, so gilt es als nicht aufgehoben, und aus einem solchen zerrissenen Testament kann gültig geerbt werden. Das Testament vor Richter oder Notar gilt als widerrufen, wenn die in amtliche Verwahrung gegebene Urkunde dem Erblasser, der sie jederzeit zurückverlangen kann, zurückgegeben wird. Ist ein Testament durch Vernichtung oder Veränderung der Urkunde oder durch Rückgabe aus amt-

licher Verwahrung widerrufen, so kann es nur in aller Form wieder neu errichtet werden.

Testamente werden gerichtlich eröffnet. Der Erblasser kann dies nicht verbieten und nicht hinauschieben, und die Beteiligten können nicht darauf verzichten. Die Eröffnung muß stattfinden, wenn die vorhandene Urkunde sich als Testament darstellt, es sei denn ganz offensichtlich, daß sie kein gültiges Testament ist. Die Eröffnung ist Sache des Nachlassgerichts, als welches das für den Erblasser zuständige Amtsgericht gilt. Der private Besitzer eines Testaments hat die Ablieferung an das Nachlassgericht ohne schuldhaftes Zögern, nachdem er vom Tode des Erblassers Kenntnis erlangt hat, zu bewirken und kann vom Nachlassgericht durch Ordnungsstrafen dazu angehalten werden. Es kann aber auch auf Ablieferung an das Nachlassgericht gegen den privaten Besitzer verklagt werden, und zwar von jedem, der ein rechtliches Interesse an der Eröffnung des Testaments hat. Die Eröffnung des Testaments geschieht in einem Termin, zu welchem die gesetzlichen Erben und die sonstigen Beteiligten geladen werden.

Um das neue polnische Eherecht

Vor einem Kulturkampf in Polen?

Seitdem das von der Gesetzgebungskommission ausgearbeitete Projekt über das neue Eherecht in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist, sind die Stimmen nicht verstummt, die mit ungleich scharfen Worten eine ablehnende Stellung zu diesem Gesetzentwurf eingenommen haben. Das war von vornherein vorzusehen, da Polen zu 75 Prozent katholisch ist und gewisse Bestimmungen des neuen Entwurfs unvereinbar mit dem Dogma der katholischen Kirche und dem zwischen dem Vatikan und der polnischen Regierung abgeschlossenen Konkordat sind. Aber auch abgesehen hiervon ist das Eherecht ein Teil des Familienrechts und überhaupt des Rechts, das in gleichem Maße grundlegende Fragen des einzelnen Menschen, der Gesellschaft, Sittlichkeit und Religion berührt, und darum besonders stark ein allseitiges Interesse hervorruft. Gesteigert wird das Interesse noch dadurch, daß in dem neuen Entwurf neue, in Polen unbekannte Bahnen des Eherechts eingeschlagen werden, die in ihrer radikalen Art nur noch, wie man behauptet, von dem Sowjeteherecht übertroffen werden.

Es wird zugegeben werden müssen, daß es bei der völligen und religiösen Struktur des polnischen Volkes nicht leicht war, ein für alle gültiges Eherecht zu schaffen, das sowohl die staatlichen Interessen berücksichtigt als auch den religiösen Eigenarten der verschiedenen Volksgruppen Rechnung trägt. Diese Schwierigkeit hat man dadurch überwinden zu können geglaubt, daß man grundsätzlich dem Staat alle Kompetenzen in Sachen des Eherechts, wie Eheschließung, Scheidung usw., übertrug, die Zivilehe also obligatorisch machte, im übrigen aber den Kirchen alle Freiheiten ließ, ihrerseits formelle Erfordernisse neben den staatlichen aufzustellen. Dieser liberale Standpunkt, den bereits das B. G. B. und andere ausländische Gesetzbücher hatten, dürfte im großen Ganzen nicht zu beanstanden sein und wird von den Bekannten, die eine staatliche Eheschließung anerkennen und ebenso eine Ehescheidung kennen, begrüßt werden; er führt aber sofort dort zu Konflikten, wo das staatliche Eherecht mit dem kirchlichen konfliktiert.

Nun hat aber die katholische Kirche, der 75 % der Bevölkerung Polens angehört, ihr eigenes kanonisches Eherecht, das der Ehe die Sakramentsnatur verleiht und im übrigen bis ins kleinste die Eheverhältnisse regelt. In katholischen Ländern gilt deshalb vielfach das kanonische Recht als staatliches Eherecht, und in Polen ist dies für das ehemals russische Teilgebiet auch heute noch der Fall. Die katholische Kirche anerkennt deshalb kein anderes Eherecht für ihre Gläubigen und ist nur dort zu Zugeständnissen an den Staat im Wege des Konkordats mit einer Regierung bereit, wo es sich um eine Abänderung nachgiebiger, nicht zwingender Vorschriften des kanonischen Rechts handelt. Dieser Standpunkt der katholischen Kirche ist aber in dem neuen Entwurf nicht berücksichtigt worden, was um so merkwürdiger erscheint, als der größte Teil der polnischen Bevölkerung katholisch ist und den kirchlichen Vorschriften unterliegt. Der Staat oder vielmehr die Gesetzgebungskommission glaubte den Ektizismus auch auf dieses Rechtsgebiet ausdehnen zu können, ohne sich um etwaige entgegenstehende kirchliche Vorschriften zu kümmern, dieses Mal allerdings weniger durch eine Aufzwingung zwingender, einschneidender Vorschriften, sondern durch Lockerung der bestehenden Rechtsbände, nämlich dadurch, daß eine Auflösung der Ehe zugelassen wird in einem weitgehenden Maße, wie es nur noch das Sowjetrecht kennt.

Einige grundsätzliche Artikel des Entwurfs mögen dies erläutern. Es sind besonders erwähnenswert die Artikel des Entwurfs, die von der Scheidung der Ehe handeln, da diese Frage von altersher streitig ist und besonders von katholischer Seite den Hauptangriffspunkt des Entwurfs bildet. Da führt zunächst Art. 65 das Rechtsinstitut der Probehe ein. Danach können Ehegatten im Alter von über 25 Jahren, die keine Nachkommenchaft haben, auf Grund eines gegenseitigen Einverständnisses nach dreijähriger Dauer der Ehe vom Gericht eine Trennung (Separation) ohne Angabe von Gründen verlangen. Nach dem Ablauf weiterer 3 Jahre seit der Anerkennung der Ehe als getrennt kann das Gericht auf Verlangen nur eines Ehegatten die Trennung in eine Scheidung umwandeln, womit die Ehe aufhört zu bestehen. Das Gericht kann außerdem auf Verlangen eines Ehegatten durch rechtskräftiges Urteil den dreijährigen Termin kürzen, wenn es dies für vorteilhaft hält.

Außer im Falle der obengenannten Probehe kann eine Trennung der Ehe mit nachfolgender Scheidung auf Antrag eines Ehegatten erfolgen, wenn eine Verletzung der Ehe durch

den anderen Ehegatten vorliegt. Als Gründe der Verletzung werden u. a. angeführt: Ehebruch, Lebensnachteile, Entziehung der elterlichen Gewalt, Ablehnung des Unterhalts, böswilliges Verlassen, Gefährdung der Gesundheit oder unehelicher Verbrechen, unehelicher Lebenswandel, fortwährende Trunkenheit, venerische Krankheit, Geisteskrankheit, Impotenz, Ablehnung der kirchlichen Trauung (Art. 69). Auch für diese Scheidung gilt die obengenannte dreijährige Frist seit der Trennung der Ehegatten durch das Gericht, so daß also die Scheidung auch hier erst 3 Jahre nach der durch das Gericht ausgesprochenen Trennung erfolgen kann. Das Gericht kann jedoch in diesem Falle die Umwandlung der Trennung in eine Scheidung ablehnen, wenn das Wohlverhalten der minderjährigen Kinder dadurch in Frage gestellt wird.

Der neue Entwurf steht also, wie diese Artikel zeigen, auf dem Standpunkt, daß nicht nur bei Verletzung eine Ehe mit Wichtigkeit geschieden werden kann, sondern auch ohne Verletzung, wie das Beispiel der Probehe zeigt. Dies ist in der Tat eine weitgehende Anerkennung auch im Vergleich zu unserem bürgerlichen Gesetzbuch, das nur bei schwerem Verschulden und in einem auf eine Erhaltung der Ehe eingestellten Verfahren eine Scheidung vorsieht. Wie schon hervorgehoben, wird nur die Zivilehe, die vor dem Standesbeamten abgeschlossen ist, als rechtsgültig vom Entwurf anerkannt; es wird also der bisher in unserem Teilgebiet bestehende Rechtszustand auf ganz Polen ausgedehnt. Es bedeutet nur ein scheinbares Zugeständnis an die katholische Kirche, wenn Art. 26 des Entwurfs die kirchliche Ehe mit der vor dem Standesbeamten abgeschlossenen gleichstellt, denn die kirchliche Ehe erlangt nach den weiteren Ausführungen des Entwurfs erst dann volle Rechtsgültigkeit, wenn das Eheprotokoll dem zuständigen Standesbeamten vorgelegt wurde und von ihm unterschrieben wurde. Im übrigen unterliegt aber die Ehegerichtsbarkeit in jeder Hinsicht nur staatlichen Gerichten.

So konnte denn nach Bekanntwerden dieser Bestimmungen des Entwurfs der Angriff von katholischer Seite nicht ausbleiben, da das kanonische Recht nicht nur eine Scheidung der Ehe grundsätzlich ablehnt, sondern auch jede Gerichtsbarkeit in Ehesachen für sich beansprucht und die Zivilehe überhaupt nicht anerkennt. Den Gesetzgebern wird eine Verletzung des Artikels 114 der polnischen Verfassung vorgeworfen, der bestimmt, daß die römisch-katholische Kirche sich nach eigenem Recht regiert, ebenso eine Verletzung des Art. 1 des mit dem Vatikan abgeschlossenen Konkordats, worin der Staat der Kirche die sorglose Ausübung der geistlichen und der Jurisdiktionsgewalt zusichert. Es ist klar, daß die katholische Kirche auf diese ihr zugesicherten Rechte nicht verzichten wird. Damit wird aber, sollte dieses Projekt Gesetz werden, für viele Katholiken ein Konflikt zwischen der Anerkennung der kirchlichen und der staatlichen Rechtsvorschriften ausbrechen, dessen Ausgang für den Staat nicht vorteilhaft sein dürfte, was um so sicherer ist, als die Macht der katholischen Kirche in Polen bekannt ist. Namhafte Professoren des Kirchenrechts haben bereits vor einem „Kulturkampf“ gewarnt. (Zuma in Lublin, Abraham-Lemberg, ebenso der dem Regierungsbüro angehörige Prof. Dhanowicz in Polen.) Man sagt den Untergang des polnischen Staates voraus, wenn dieses Projekt Gesetz würde, da durch eine solche Behandlung des Eherechts der Kern des Staates, die Familie, bedroht würde; ein Geburtenrückgang wird vorausgesagt, und selbst die Moral der deutschen Nationalsozialisten mit Hitler und Alfred Rosenberg wird zur Bekämpfung dieses Projekts herangezogen, wobei allerdings weniger deren Moral als die Angst vor dem deutschen Nationalsozialismus mit seinen Expansionsabsichten bestimmend für die Heranholung dieses Beispiels war (vgl. hierzu Zuma im „Kuch Prawniczy“ 1931, S. 293 ff.). Daß besonders die nationaldemokratische Presse in helle Aufregung über dieses Projekt geraten ist, nimmt bei ihrer streng-katholischen Einstellung und ihrer Opposition zu jedweden Gesetzesentwürfen der Regierung nicht wunder, aber selbst in der Regierungslager macht man Front gegen dieses Projekt (vgl. Dhanowicz im „Dziennik Powszechny“).

Die Gesetzgebungskommission, zu der u. a. die Professoren Rappaport, Rutostanski, ebenso der bekannte polnische Schriftsteller Bog-Zeleni gehören, hat mit der Abfassung dieses Entwurfs sicherlich nicht den Kampf mit der katholischen Kirche in diesem Maße herausfordern wollen. Wie bekannt geworden ist, wollte man vielmehr sich mit diesem Entwurf den Erfordernissen des modernen Lebens anpassen, ebenso eine An-

gleichung an das Eherecht der westeuropäischen Länder versuchen, die allgemein eine Ehescheidung kennen. Dabei ist man aber, und das wird niemand bestreiten können, sicherlich über das Ziel hinausgeschossen; denn wenn man auch eine Scheidung der Ehe in bestimmten Ausnahmefällen als zulässig anerkennen muß, so dürfen dies immer nur Ausnahmefälle bleiben. In dem Projekt scheint aber zu sehr der Charakter der Ehe verwischt zu werden durch die Annahme der sog. Probehe, und Ausnahmefälle gewinnen damit den Anschein der Regel. Die Ehe ist eben kein Vertrag im gewöhnlichen Sinne und kann deshalb nicht ohne weiteres nur auf Grund gegenseitigen Einverständnisses aufgelöst werden. Der den Gesetzgebern gemachte Vorwurf, man habe das Problem allzu literarisch und idealistisch behandelt, scheint berechtigt zu sein. Andererseits ist bei dem Standpunkt der katholischen Kirche diese radikale Reaktion verständlich; sicherlich hat man auch mit einem Widerstand der Kirche gerechnet und demgemäß die Forderungen höher, als man es in Wirklichkeit wollte, gestellt. Immerhin darf man auf den Ausgang dieses Konflikts katholische Kirche — Staat gespannt sein, und es ist zu wünschen, daß weder die eine noch die andere schroffe Form siegt, da dies im Interesse des Gesamtstaates auch der Minderheiten liegt.

Steuer-Rundschau

Gewerbesteuer und Zuschläge

In einem Urteil vom 30. März 1931, L.-Reichsgericht 692/29 hat das Oberste Verwaltungsgericht folgenden Grundsatz ausgesprochen: „Die anders geartete rechtliche Wertung eines tatsächlich unverändert gebliebenen Zustandes oder die Nichtanerkennung tatsächlicher vom Steuerzahler in den Unterlagen gemachter Angaben geben der Einschätzungsbehörde späterhin nicht das Recht, im Sinne des Art. 84, Abs. 1 des Gewerbesteuer-Gesetzes Zuschläge zu erheben.“

In der diesem Urteil zugrunde liegenden Klage hatte der Vorsitzende der Einschätzungskommission bei der Jda Starbowa in Warschau die Höhere Einschätzung einer Warschauer Firma auf Grund einer anderen rechtlichen Wertung des Unterlagematerials verlangt. Die Steuerbehörde erster und zweiter Instanz hatte nach Ansicht des Vorsitzenden der Einschätzungskommission in der Werbesteuersache eine zu niedrige Einschätzung auf Grund des von dem Steuerzahler vorgelegten Materials vorgenommen. Es war also in diesem Streit zwischen der Steuerbehörde und der Einschätzungskommission die Frage zu entscheiden, ob auf Grund desjenigen tatsächlichen Materials eine spätere andere Einschätzung, als wie sie ursprünglich angenommen war, erfolgen könne. Das Oberste Verwaltungsgericht hat die erste Einschätzung als allein maßgeblich angesehen, sofern nicht neues Tatsachenmaterial vorgelegt werden konnte, das eine andere höhere Einschätzung begründet. Es heißt in den Entscheidungsgründen, daß „unbedingte Voraussetzungen für die Abänderung einer einmal getätigten Einschätzung zu Ungunsten des Steuerzahlers der Umstand sei, daß nach der Einschätzung tatsächliche, konkrete Unterlagen bekannt geworden sind, die vorher, d. h. in dem für die Einschätzung maßgeblichen Termine, zwar vorhanden waren, aber der Einschätzungskommission nicht bekannt gewesen und daher bei der Einschätzung nicht berücksichtigt worden seien.“ Es kann sich also nur dort um eine Abänderung einer früheren Einschätzung handeln, wo die Steuerbehörden neues tatsächliches Material erlangt haben, das eine Abänderung ihrer früheren Einschätzung begründen kann. Ist das Material daselbst geblieben, so kann eine übergeordnete Instanz, die dieses Material rechtlich anders wertet, keine Steuereinschätzung mehr vornehmen. Es ist Schuld der Steuerbehörde niedriger Instanz, daß sie dieses Material nicht in einem für den Staatshof vorteilhaften Sinne ausgenutzt hat; die vorgelegte Behörde kann diese Veräumnung nicht mehr gutmachen, es sei denn, daß sie neue eine Abänderung begründende Tatsachen in Erfahrung bringt. Eine rechtliche Umdeutung ist aber bei gleichbleibendem Material im Sinne des Artikels 84 des Gewerbesteuergesetzes ausgeschlossen.

Rechtsspiegel

Aus dem Genossenschaftsrecht

Anfechtung von Generalversammlungsbeschlüssen

Als Beginn der swöchigen Frist zur Anfechtung von Generalversammlungsbeschlüssen einer Genossenschaft im Sinne des Art. 50 des Genossenschaftsgesetzes ist der Tag anzusehen, an dem die Generalversammlung stattfindet und an dem der freitzeitige Beschluß gefaßt wird. Nach dem Ablauf dieser Frist erlangen die gefaßten Beschlüsse bindende Kraft auch im Verhältnis zu den Mitgliedern der Genossenschaft, die von dem Termin der Abhaltung der Generalversammlung nicht benachrichtigt wurden und auf der Generalversammlung nicht anwesend waren, es sei denn, daß die Verfassungen bei der Einberufung der Generalversammlung so erheblich waren, daß von einer ordentlichen Einberufung der Generalversammlung nicht die Rede sein konnte. Sofern dieser letztere Fall vorliegt, kann jedes Mitglied der Genossenschaft, das nicht vom Termin der Generalversammlung benachrichtigt worden war und auf ihr nicht anwesend war, gerichtlich die Feststellung der Richtigkeit des gefaßten Beschlusses im Rahmen der allgemeinen Rechtsgrundsätze verlangen, ohne an die im Art. 50 Abs. 2 des Genossenschaftsgesetzes bestimmte swöchige Frist gebunden zu sein und an die im Abs. 3 gestellten Bedingungen der Aktivlegitimation zur Erhöhung der Klage. (Entscheid. d. Ob. Ger. v. 23. 10. 1930 I. C. 1666/23.)

Zufusions- und Anteilerhöhungsbeschlüsse

Ein Generalversammlungsbeschluß einer eine Fusion beschließenden Genossenschaft, der die Erhöhung der Anteile, ebenso eine Erhöhung der Haftung der Mitglieder bis zu der Norm betrifft, die im Statut der aufzunehmenden Genossenschaft enthalten ist, kann rechtsgültig zusammen mit dem Zufusionsbeschluß selbst der beiden Genossenschaften beschloffen werden, ohne daß vorher die aufzunehmende Genossenschaft eine Statutenänderung beschließen müßte und diese Änderung eintragen lassen müßte. (Entscheid. d. Ob. Ger. v. 23. 10. 1930 I. C. 1666/29.)

Was muß das Angebot einer neuen Wohnung durch den Vermieter an den Mieter enthalten?

Der Hauseigentümer, der den Mietern an Stelle der gekündigten Wohnung eine andere Ersatzwohnung anbietet, muß im Sinne des Art. 11 Ziff. 1 des Mieterkündigungsgesetzes die Wohnung bezeichnen und ziffernmäßig die Höhe der Umzugskosten angeben, und das in der Weise, daß man schon im Verfahren erster Instanz nachprüfen kann, ob die Ersatzwohnung für den Mieter entsprechend ist. In einem solchen Falle besteht dann für das Gericht kein Grund, die Kündigung aufzuheben, da die Mieter ihrer Wohnung nicht beraubt sind, wenn sie eine Wohnung sofort, ohne daß ihnen selbst Kosten verursacht werden, erhalten. (Entscheid. d. Ob. Ger. v. 26. 8. 1930 III. 1. Rm. 1227/30.)

Haftung für einen ungedeckten Scheck

Art. 51 des Scheckrechts sieht außer der zivilrechtlichen Haftung eine strafrechtliche Haftung des Ausstellers des Schecks vor, wenn die Einlösung des Schecks mangels Deckung nicht erfolgt ist. Von dieser Einlösungspflicht oder vielmehr Deckungspflicht kann der Aussteller sich nicht befreien und dem entgegengesetzte Vorbehalte haben keine rechtliche Bedeutung. Die Ansicht, daß Art. 24 des Scheckgesetzes nur eine zivilrechtliche Haftung des Ausstellers regelt, findet keinen Anhalt im Gesetz, von der strafrechtlichen Haftung kann dem Aussteller kein dem Recht entgegengesetzter Vorbehalt befreien, sondern nur eine im Einklang mit dem Endabich des Art. 51 des Scheckgesetzes stehende „begründete Unterlage zur vollen Deckung des Schecks“ (Entscheid. d. Oberst. Gerichts v. 8. 3. 1931 II. 1. R. 86/31.)

HORST WOLFRAM GEISSLER
SANKT
AMMERLEINS
INSEL



Zu haben in allen Buchhandlungen.
Auslieferung für Polen durch die
Kosmos Sp. z o. o.
Groß-Sortiment
Poznań, Złotych 6.

Erneute Getreide-Erholung

Die Lage an den internationalen Getreidemärkten

Die internationalen Getreidemärkte haben sich von dem Rückschlag, der auf die letzte Hausse erfolgt war, bald wieder erholt. Für Roggen, Gerste und Mais sind Mitte der Woche die Spitzenkurse durchweg wieder erreicht worden, während die Weizenpreise in Chicago weiterhin nachgaben. Der Preisrückgang wurde hervorgerufen durch umfangreiche Abschlüsse. Es waren Gerichte über einen bevorstehenden Waffenstillstand zwischen China und Japan verbreitet, welche die Spekulation zu einem Abbau ihrer Hausseabsichten veranlasste. Vorher hatte nämlich die Verschärfung des Konfliktes in der Mandschurei wesentlich zur Befestigung des Marktes beigetragen. In Ostasien eine erhebliche Rolle in der Verteilung der Weizenvorräte spielt. Zu Wochenende war am Chicagoer Weizenmarkt das Preisniveau der Vorwoche jedoch wieder erreicht. Die Weltversorgungslage hat sich im übrigen wenig verändert. Den unaufräumten ausreichenden Vorräten an Weizen und Mais steht ein sich immer mehr vergrößerndes Defizit an Roggen und Gerste gegenüber. Die Preisrelationen und dementsprechend. Roggen kostet beinahe soviel wie Weizen, und Gerste ist erheblich teurer als Mais. Der Widerspruch sind die Nachrichten über die Erntebestände, soweit sie aus Argentinien und Australien einlaufen. Die Nachfrage aus Europa bleibt weiter gut, denn das russische Angebot fehlt nach wie vor, wenn auch neuerdings von deutsch-russischen Verhandlungen über größere Roggenlieferungen gesprochen wird.

An den deutschen Märkten hat sich das Kursniveau wieder etwas gebessert, die Haltung ist jedoch durchweg abwartend. Vor allen Dingen hält die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Agrarpolitik weiter an. Es ist für Landwirtschaft, Handel, Mühlen und Bäcker sehr schwer, Dispositionen zu treffen, wenn sie jeden Tag Überraschungen befechten müssen. Eine Klärung ist lediglich durch die Bekanntgabe der Bestimmungen über Einfuhrschemen für Gerste- und Haferfabrikate erfolgt; am Gerstenmarkt selbst tappt man dagegen noch völlig im Dunkeln, und auch bezüglich des zukünftigen Maispreises fehlt noch jeder Anhaltspunkt. Klarheit herrscht dagegen über das Erntergebnis. Nach den mannigfachen Diskussionen über den Ausfall der diesjährigen Ernte steht nunmehr fest, dass wir 440 000 t Weizen mehr, jedoch eine Million t Gerste weniger geerntet haben, während sich für Gerste ein Plus von 160 000, für Hafer ein solches von 550 000 t ergibt. Weniger günstig sieht es mit der Beschaffen-

heit der diesjährigen Ernte aus. Es ist eine Menge minderwertiger Weizen vorhanden, der nur noch zu Futterzwecken dienen kann, und auch ein Teil der Haferernte ist in recht geringer Qualität geerntet worden.

Berliner Getreidepreise (per 1000 kg in Mark):

	9. 11.	16. 11.	23. 11.
Weizen: märkischer	220,50	224,50	228,50
per Dezember	242,25	—	240,75
per März	252,25	—	250, —
Roggen: märkischer	199, —	197, —	202, —
per Dezember	206,62	—	210,25
per März	212, —	—	215,75
Hafer: märkischer, neuer	152,50	147, —	149,50
per Dezember	165,50	—	162,12
per März	175,50	—	170,50
Gerste: Braugerste	176,50	172, —	170,50
Industrie- u. Futtergerste	173,50	165,50	164,50

Durch die letzte Notverordnung zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Produktion (Osthilfe-Verordnung) wird zwar der Gefahr der überstarbten Verfallung und des Produktionsrückganges vorgebeugt, aber der Getreidehandel ist in eine recht schwierige Situation geraten. Die Spitzenverbände des Getreidehandels, insbesondere aus Schlesien, haben sich daher an den Reichskommissar für die Osthilfe mit der Bitte um Abstellung der schlimmsten Mängel gewandt. Minister Schlangensiefen hat ihnen erwidert, dass an der Notverordnung an sich nicht gerüttelt werden dürfe, da über alle krisenhaften Erscheinungen des Augenblicks als oberstes Erfordernis bestehen bleiben müsse, dass die Ernährung des gesamten Volkes im nächsten Jahre jeder Gefahr entrückt wird. Es sei jedoch für ihn eine Selbstverständlichkeit, dem Getreidehandel nunmehr auf jede nur mögliche Weise über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. In den in Kürze zu erwartenden Ausführungsbestimmungen würden die Wünsche des Handels bereits Berücksichtigung finden.

Diskontherabsetzung der Bank von Danzig

Danzig, 24. November. Die Bank von Danzig hat mit Wirkung vom 24. November ab den Diskontsatz von 6 auf 5 Prozent und den Lombardzinssatz von 7 auf 6 Prozent herabgesetzt.

Polnische Kohle für Spanien

Wie der der Regierung nahestehende „Express Polony“ berichtet, werden gegenwärtig zwischen ober-schlesischen Industriellen und Delegierten der spanischen Regierung Verhandlungen über polnische Kohlenlieferungen für die spanische Regierung gepflogen. Aus dem bisherigen Lauf der Verhandlungen ergibt sich, dass Spanien vorläufig probeweise polnische Kohle auf ein Jahr beziehen will. Die Höhe des Bedarfs ist noch nicht festgelegt, da die spanischen Delegierten zunächst ihren Ankauf von der Höhe der Transportsätze abhängig machen, die ihnen von den Schiffsahrtsgesellschaften vorgeschlagen werden.

Bahnfrachten für Holz nach Gdingen/Danzig ermässigt

Die Tarife der polnischen Staatsbahnen für den Transport von geschnittenem, behauenen oder gehoblenem Holz nach Danzig/Gdingen sind um 10 bis 18% herabgesetzt worden; soweit die Versandstationen weniger als 100 km von den beiden Häfen entfernt liegen, betragen die Tarifermässigungen nur 5 bis 10%.

Märkte

Produktenbericht. Berlin, 23. November. Stetig, aber sehr ruhig. Die durch das neue Osthilfsgesetz geschaffene Unsicherheit, die die letzten Tage der Vorwoche beherrschte hatte, hat den Produktenmarkt auch zu Beginn des neuen Berichtabschnittes das Gepräge. Das Inlandsangebot von Brotgetreide trat angesichts der Zurückhaltung der Käufer verschiedentlich etwas mehr in Erscheinung, ohne aber dringlich zu sein. Die Mühlen und der Handel kauften nur vorsichtig, soweit Abschlüsse zustande kamen, erfolgten sie etwa zu Sonnabendpreisen. Auch am Lieferungsmarkt eröffnete Weizen mit unveränderten Notierungen, während Roggen zunächst gut behauptet war. Der Mehlsatz hat keine Belebung erfahren, und die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert. Am Hafermarkt verhalten sich die Käufer abwartend, und Preisrückgänge werden im allgemeinen nur durch das verhältnismäßig geringe Angebot vermindert. Braugerste hat weiter schleppendes Geschäft, dagegen findet Industrie- und Futtergerste auf dem inzwischen erreichten Preisniveau etwas Beachtung. Weizenexporteure lagen ruhig. Roggenexporteure waren leicht befestigt.

Berlin, 23. November. Getreide und Oelsaat für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen neu 727—230, Roggen neu 201—203, Braugerste 166 bis 175, Futter- und Industrieernte 163—166, Hafer 147—152, Weizenmehl 28,50—32,50, Roggenmehl 27,15 bis 29,50, Weizenkleie 10,50—11, Roggenkleie 10,50 bis 11, Viktoriaerbsen 24—30, kleine Speiserbsen 25 bis 28, Futtererbsen 17—20, Pelusken 17—19, Ackerbohnen 16,50—18, Wicken 17—20, blaue Lupinen 11 bis 12,50, gelbe Lupinen 13—15, Leinkuchen 13,60—13,90, Trockenschrot 6,10—6,20, Sojabohnen ab Hamburg 11,80, ab Stettin 12,40.

Getreide-Termingeschäft. Berlin, 23. Novbr. Mit Normalgewicht 755 g vom Kahn oder vom Speicher Berlin. Getreide für 1000 kg, Mehl für 100 kg einschließlich Sack frei Berlin. Weizen: Loko-Gewicht 71,5 kg Hektoliter-Gewicht Dezember 241—240,50, März 250. Roggen: Loko-Gewicht 69 kg Hektoliter-Gewicht Dezember 210,50—210, März 215,75 und Brief. Hafer: Dezember 162,25—162, März 170,50.

Hamburger Cinnonotierungen für Auslands-Getreide. Amtliche Notierungen des Hamburger Marktes (Hfl. je 100 kg). Weizen: Manitoba I schw. 7,07½, November 7,03, do. II schw. 6,65, November 6,60, Hardwinter I Golf November-Dezember 6,30, Rosa Fé (79 kg) November 5,50, Barusso (79 kg) November 5,40, Bahia (79 kg) November 5,47½, — Gerste: Donan (61—62 kg) November 5,75, do. Dezember 5,80, La Plata (64—65 kg) 5,85, do. (61—62 kg) 5,67½, — Roggen: La Plata (62—63 kg) geladen 5,57½, — Mais: La Plata loko schw. 4,05, do. November 4,05, do. Dezember 4,15, do. Januar 1932 4,30, do. Februar 4,45, Donan (Galfax) schw. 3,95, do. November-Dezember 3,85, — Hafer: Unclipp, Plata (46—47 kg) 5,22½, Clipped Plata (51 bis 52 kg) 5,52½, — Weizenkleie: Blau schw. 4,20, do. November 4,20, do. Dezember 4,20, — Leinsaat: La Plata (96%) November 8,35, do. Dezember 8,25, Rizinus November-Dezember 12,10, Bombay November-Dezember 11,15.

Kartoffeln. Berlin, 23. November. Speisekartoffeln: Weisse 1,30—1,40, rote 1,40—1,60, Odenwälder blaue 1,60—1,80, andere gelblichweisse außer Nierenkartoffeln 1,70—2, — Fabrikkartoffeln pro Stärkeprozent 7—8 Pfg. Zucker. Magdeburg, 31. November. Preise für Weisszucker einschließlich Sack und Verbrauchssteuer für 50 kg brutto für netto ab Verladestation Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 200 Zentner gemahlenen Melis bei prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen: — Lieferung November 31,80, November-Dezember 31,50. Tendenz: ruhig.

Getreide. Posen, 24. November. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty fr. Station Poznań.

Richtpreise:

Weizen	25,75—26,25
Roggen	26,75—27,25
Gerste 64—66 kg	22,50—23,50
Gerste 68 kg	24,00—25,00
Braugerste	27,50—29,00
Hafer	25,50—26,00
Roggenmehl (65%)	39,75—40,75
Weizenmehl (65%)	38,25—40,25
Weizenkleie	16,50—17,50
Weizenkleie (dick)	17,50—18,50
Roggenkleie	18,00—18,50
Raps	33,00—34,00
Viktoriaerbsen	25,00—29,00
Folgererbsen	30,00—34,00
Speisekartoffeln	3,80—4,00
Fabrikkartoffeln pro Kilo %	20
Senf	39,00—43,00

Gesamtstimmung: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 60 to., Weizen 85 to., Hafer 155 to. Kartoffeln in besonderen Sorten über Notiz.

Getreide. Warschau, 23. November. Amtlicher Bericht der Getreidebörse in Warschau für 100 kg in Zloty im Grosshandel, Parität Waggon Warschau: Roggen 27—27,50, Gutsweizen 29—29,50, Sammelweizen 28—28,50, Einheitshafer 25,50—26,50, Sammelhafer 23 bis 24, Gerstengrütze 25—25,50, Braugerste 27—28, Viktoriaerbsen 34—37, Feld-Speiserbsen 28—31, Winterraps 34,50—36,50, Rottklee 160—200, Weissklee 230—375, Weizenluxusmehl 48—55, Weizenmehl 4/0 43—48, Roggenmehl 32—35, mittlere Weizenkleie 17,50—18, Roggenkleie 18—18,50, Leinkuchen 27,50 bis 28,50, Rapskuchen 21,50—22,50, Sonnenblumenkuchen 40—44proz. 24—25, Speisekartoffeln 5,50—6. Geringe Umsätze bei fester Tendenz.

Posener Viehmarkt.

Posen, 24. November 1931.

Auftrieb: Rinder 550, (darunter: Ochsen —, Bullen —, Kühe —), Schweine 1893, Kälber 613, Schafe 114, Ziegen —, Ferkel — Zusammen 3170.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Schlachthof Posen mit Handelsunkosten).

Rinder:

Ochsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt	70—82
b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren	60—68
c) ältere	44—52
d) mäßig genährte	36—42

Bullen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	64—68
b) Mastbullen	54—60
c) gut genährte, ältere	44—50
d) mäßig genährte	36—42

Kühe:	
a) vollfleischige, ausgemästete	70—80
b) Mastkühe	60—66
c) gut genährte	40—50
d) mäßig genährte	30—40

Färsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	70—80
b) Mastfärsen	60—68
c) gut genährte	42—50
d) mäßig genährte	36—42

Jungvieh:	
a) gut genährtes	42—50
b) mäßig genährtes	36—40

Kälber:	
a) beste ausgemästete Kälber	76—84
b) Mastkälber	66—74
c) gut genährte	54—64
d) mäßig genährte	40—50

Schafe:

a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel	70—80
b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe	50—66
c) gut genährte	—

Mastschweine:

a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	100—106
b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	92—98
c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	84—90
d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg	76—82
e) Sauen und späte Kastrate	84—90
f) Bacon-Schweine	80—82
Ferkel das Paar loco Verladestation	72—82

Marktverlauf: ruhig.

Vieh und Fleisch. Krakau, 23. November. Preise für 1 kg Lebendgewicht: Bullen I 0,58—0,68, II 0,45 bis 0,58, III 0,37—0,45, Rinder I 0,60—0,73, II 0,45 bis 0,60, III 0,36—0,45, Kühe I —, II 0,45—0,58, III 0,25—0,45, Färsen I 0,60—0,73, II 0,45—0,60, III 0,35 bis 0,45, Kälber I 1,12—1,12, II 0,75—1, III 0,60—0,75, Schweinefleisch Lebendgewicht I 1,20—1,30, II 0,90 bis 1,20, III 0,65—0,90, Schweinefleisch Schlachtgewicht I 1,50—1,70, II 1,30—1,50, III 1,05—1,30. Marktverlauf: belebt.

Eier. Berlin, 23. November. Deutsche Eier. Trinker (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 g 14½, Klasse A 60 g 13½, Klasse B 53 g 12½, Klasse C 48 g 10½; frische Eier Klasse B 53 g 11½; aussortierte kleine und Schmutzeier 7—8 Pfg. Auslands Eier. Dänen 18er 13½; 17er 13½; Rumänen 11—12, Russen, normale 9½, Polen, normale 8½—9½, abweichende 8—8½, kleine, mittel Schmutzeier 6½ bis 7½. In- und ausländische Kühleisereier. Extra grosse 11—11½, grosse 9½—10½, normale 7—7½. Kalk Eier. Grosse 8½, normale 6½ bis 6½ Pfg. Witterung: trübe. Tendenz: behauptet.

Danziger Börse

Danzig, 23. November. Scheck London 15,95. Dollarnoten 5,13½, Reichsmarknoten 122,00, Zlotynoten 57,57.

An der heutigen Börse waren Dollarnoten mit 5,12½—13½ gesprochen. Auszahlung New York wurde mit 5,14 schiedet. Für Reichsmark hörte man im Freiverkehr für Noten einen unveränderten Kurs von 121½—122½, für Auszahlung ebenso. Scheck London lag schwächer mit 15,93—97 und blieb auch nachbörslich schwach. Der Zloty notierte amtlich 57,51—63 für Noten, also unverändert gegen gestern.

Reichsmarkkurs bei der Bank von Danzig. Der Kurs für kleine Beträge bis zu 300 Rm. pro Person und Woche, die nachweislich aus dem Reiseverkehr stammen, lautet für heute nach Mitteilung der Bank von Danzig auf 121,83 G. und 122,07 B. für 100 Reichsmark. In Danzig unterliegt der Devisenhandel keinerlei Beschränkungen.

Posener Börse

Fest verzinliche Werte

Notierungen in %:	24. 11.	23. 11.
8½/100 staatliche Goldanleihe (100 G.-st)	—	—
5½/100 Konvertierungsanleihe (100 st)	41,006	41,006
10½/100 Eisenbahnanleihe (100 G.-Fr.)	—	—
6½/100 Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8½/100 Pfandbr. der statl. Agrarb. (100 G.-st)	—	—
7½/100 Wehn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw.-Fr.)	—	—
8½/100 Oblig. d. St. Posen (100 G.-st) v. J. 1929	—	—
8½/100 Oblig. d. St. Posen (100 G.-st)	82,00 G	—
8½/100 Dollarbriefe der Pos. Landesh. (1 D.)	78,00 B	78,00 B
4½/100 Konvertierungsfand d. P. Lsch. (100 st)	—	30,00 G
8½/100 Amortisations-Dollarpfandbriefe	—	—
Notierungen je Stück:		
6½/100 Rogg.-Br. der Pos. Lsch. (1 D.-Zentner)	14,50 G	15,25 +
3½/100 Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½/100 Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
4½/100 Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½/100 v. 4½/100 Pos. Pr.-Obl. m. p. Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5½/100 Prämien-Dollaranleihe Ser. II (5 Dollar)	—	—
8½/100 Prämien-Investitionsanleihe (100 G.-st)	—	—
8½/100 Hypothekendarlehen	—	—

Industriekarten

	24. 11.	23. 11.		24. 11.	23. 11.
Bank Polski	100,00	100,00 G	Hartwig C.	—	—
Bk. Kw. Pol.	—	—	H. Kantorowicz	—	—
Bk. Przemysl.	—	—	Heraf. Victor.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Lloyd Byd.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban	—	—
P. Bk. Ziemian	—	—	Dr. Roman May	—	—
Bk. Stadthagen	—	—	Mlyn Wagnow.	—	—
Arkona	—	—	Mlyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Piechcin	—	—
Browar Krot.	—	—	Plonin	—	—
Braeski-Auto	—	—	P. Sp. Dzwonka	—	—
Cegielski H.	—	—	Sp. Stolarska	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Tri	—	—
Centr. Skór	—	—	Unja	—	—
Goplana	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Grodzki Elektr.	—	—	Wyr. Cer. Krot.	—	—
Cukr. Zduzy	—	—	Zw. Ctr. Mass.	—	—

Tendenz: lebhafter.

G = Nachfrage, B = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Ums.

Warschauer Börse

Warschau, 23. November. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8,89, Goldrubel 4,945, Tschelewonez 0,485, deutsche Mark 21,40—21,30.

Amtlich nicht notierte Devisen: New York 8,921, Belgien 123,95, Beograd 15,84, Berlin 211,95, Danzig 5,33, Sofia 6,47, Italien 46,15, Montreal 7,88.

Fest verzinliche Werte

	23. 11.	21. 11.
5½/100 Staatl. Konvert.-Anleihe (100 st)	41,75	41,75
6½/100 Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	61,00	62,00
10½/100 Eisenbahn-Konvert.-Anleihe (100 st)	—	—
5½/100 Eisenbahn-Anleihe (100 G.-Fr.)	78,75	—
4½/100 Prämien-Investitionsanleihe (100 G.-st)	58,75	57,75
7½/100 Stabilisierungs-Anleihe	—	—
3½/100 Bananleihe	—	—

Industriekarten

	23. 11.	21. 11.		23. 11.	21. 11.
Bank Polski	110,00	110,00	Wegiel	—	—
Bank Dyskont.	—	—	Nafsa	—	—
Bk. Handl. i. W.	—	—	Polska Nafta	—	—
Bk. Zachodni	—	—	Nobel-Stand	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Cegielski	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpop	—	—
Fala	—	—	Medrejew	—	—
Spina	—	—	Norbin	—	—
Strom	—	—	Orthwein	—	—
Elektr. Dabr.	—	—	Ostrowskie	—	—
Elektrochem.	—	—	Parowoz	—	—
P. T. Elektr.	—	—	Perisk	—	—
Starachowice	—	—	Boha	—	—
Brown Boveri	—	—	Budski	—	—
Kabel	—	—	Staparkow	—	—
Sile i Swietlo	—	—	Uras	—	—
Cbedorow	—	—	Zielentewski	—	—
Czerak	—	—	Zawiercie	—	—
Czestochowa	—	—	Borkowski	—	—
Goslawice	—	—	Br. Jabkow	—	—
Michalow	—	—	Byadkat	—	—
Ostrowie	—	—	Haberbusch	—	59,00
W. T. F. Cukr.	—	—	Herbau	—	—
Firley	—	—	Spierow	—	—
Lazy	—	—	Majewski	—	—
Wysoke	—	—	Zoglug	—	—
Sole Potasowe	85,00	—	Mirkow	—	—
Dzrowo	—	—	Kijewski	—	—

Tendenz: ruhig.

Amtliche Devisenkurse

	23. 11.	23. 11.	21. 11.	21. 11.
	Gold	Brief	Gold	Brief
Amsterdam	—	357,60	350,45	357,75
Danzig	—	173,17	174,08	—
Berlin	—	210,90	211,33	—
Brüssel	—	—	123,72	124,34
Helsingfors	—	—	—	—
London	—	32,68	32,84	33,26
New York (Kabel)	—	—	—	8,901
Paris	—	34,83	35,01	34,85
Prag	—	26,36	26,48	26,36
Rom	—	—	—	—
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Oslo	—	—	—	—
Bukarest	—	—	—	—
Budapest	—	—	—	—
Wien	—	—	45,96	46,20
Zürich	—	172,71	173,67	

Ś. P.

Jan Zagleniczny

V-Prezes Rady Nadzorczej Banku Cukrownictwa Sp. Akc.
w Poznaniu,

po długich i ciężkich cierpieniach zmarł dnia 22 listopada 1931 r.

W Zmarłym Instytucja nasza traci doradcę o jasnej, twórczej inicjatywie, niespożytej energii, głębokiej wiedzy i gruntownej znajomości gospodarczych potrzeb kraju.

Składamy hołd Jego zasługom.

Rada Nadzorcza i Zarząd
Banku Cukrownictwa.

Krajowe Ubezpieczenie na Życie w Poznaniu

Plac Nowomiejski 8

wzywa wszystkich właścicieli polis dawniejszej Sterbe-Kassen-Renten-Verein i Posensche Provinzial-Lebensversicherungsanstalt do odebrania zwaloryzowanej wartości polis z tytułu ubezpieczenia na życie.

Wypłata nastąpi za przedłożeniem polisy i poświadczenia obywatelstwa lub, z braku tegoż, wykazu osobistego.

Gelegenheitskauf!

Schlammkreide
für Maler gibt ab
unter Fabrikpreisen
M. Perkiewicz,
Składnica Poznań,
ul. Składowa.

Eogl. Beamter,
21 J. alt, militärfr., 3 1/2 J.
Paris, lino. Schule bef. u. 4
St. Gymn. abjol., d. Dsch. u.
Poln. i. Wort u. Schrift vollf.
mächt., bertr. i. all. Zweig. d.
Landw., firm i. Fähr. d. Birt-
schafts- u. Kassen- u. i. Rasch-
schreib., d. a. d. Erleb. d. Guts-
norstandsch. übern. würde.
Sucht Stellung v. 1.1.1932 als
Beamter o. Rechnungsführ.
u. Buchführ. a. gr. Gute. Gefl.
Angebote an **E. Hanisch,**
Dion, pow. Rawicz.

Pianino
sofort zu kaufen gesucht
Off. m. Preisangabe n.
2146 a. d. Gefl. d. Btg.

Posener Bachverein

Kammermusikabend
am Donnerstag, dem 3. Dezember,
abends 8 Uhr im großen Vereinssaal

Brüder-Greulich-Trio

Werke von Beethoven, Mozart u. Brahms.
Am Flügel:
Elisabeth Gropius-Klipfel, Berlin.
Der Reinertrag
ist für die Winterhilfe bestimmt.
Eintrittskarten zu 2, 3 und 4 zł.
in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung.

Handarbeitsausstellung

des Hilfsvereins deutscher Frauen Posens
diesmal im großen Saal des „Belvedere“, ul. Mari-
ocka Nr. 18, gegenüber dem Bahnhof Westpforte
vom 1. bis 3. Dezember.

Überschriftswort (fett) ----- 30 Groschen
jedes weitere Wort ----- 15 „
Offertengebühr für kiffierte Anzeigen 50 „

Kleine Anzeigen

Eine Anzeige höchstens 50 Worte.
Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.
Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen
Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

Mietgesuche

Ghepaar
mit Kind sucht 2 leere
Zimmer mit Küchenbenutz.
und Familienanschluss, evtl.
direkt vom Wirt. Offert. n.
2176 an die Gefl. d. Btg.

Vermietungen

Zu vermieten
3-Zimmerwohn. mit Küche
und Badezimmer. Elektr. Licht.
Lubon, Pilsudskiego 4.

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer
von sofort für berufstätigen
Herrn gesucht. Gegenb.
ul. Marizalka Focha. Off.
n. 2199 a. d. Gefl. d. Btg.

Zimmer,
möbl. 1-2 Herren.
Jezyce, Piotra Wawrzy-
niaka 24. Wohnung 4.

An- u. Verkäufe
4,90 złoty

1 weiße Schürze
mit Ärmeln
weiße Kleider-
schürze f. Dam.
von 5,90, schw.
kleiderschürze
für Damen von
7,90, weiße
Schürze für
Herren v. 7,90,
weiße Kleider-
schürzen von 4,90.
Sämtliche
Berufsleidung in großer
Auswahl empfiehlt
Wäsche-Fabrik
J. Schubert
Poznań, Wrocławska 3.

**2 fast neue Sieders-
lebensche
Hadmaschinen,**
2 m breit, verkauft billig
Woldemar Günter,
Landmaschinen, Tel. 52-25.
Poznań,
Sew. Mielżyńskiego 6.

Nähmaschine,
Singer, verfertigt, fast neu,
zu verkaufen,
Szyperska 3, Wohng. 3.

Gebrauchter, leichter
Verdedswagen,
auch zweifach, zu Schul-
fahrten billig zu kaufen
gesucht. Angebote an
Frau von Rège,
Lubosin, pow. Szamotyły.

Dogcart
Natureche Patentwagen, neu
verkauft billig
Lemke-Rogozno.

Neuheiten

für die
Herbst- und
Winterstoffe
schon von
2,25, für
Mäntel u.
Kostüme v.
5,50, Geor-
gette, Be-
loutine für
Kleider,
Crepe de
Chine von
5,50, Crepe
Georgette
von 7,25
in sämtl.
Farben
empfiehlt Engros u. Detail
W. Groszkiewicz
Poznań, Wrocławska 3.

**Puppen-Klitt
Papier, Spielwaren.**
Poznań, św. Marcin 64.

Landwirtschaft,
145 Morgen, privat, mit
lebendem und totem Inventar,
verkauft Kurek,
Bukowo, p. Wągrowiec.

Massives Haus
mit Geschäft, freier Wohnung
mit Zentralheizung, gute
Geschäftslage, in einer Kreis-
stadt unter guten Bedin-
gungen zu verkaufen. Preis
40 000 zł. Off. n. 2190
an die Gefl. d. Btg.

Verkaufe
zu günstigen Bedingungen
mein Grundstück (Edhaus)
mit Laden, für jedes Geschäft
geeignet.
Bojanowo, Rynek 9.

Schütt-Küchen
Gold-Tapetenleisten, Oval-
rahmen kauft man am
billigsten im Fabriklager
Stary Rynek 80/82, I.

Offene Stellen

Gutbezahlte Heimarbeits.

Abreissenscheiber gegen gute
händ. Bezahlung, Prämien,
Provision, allerorts gesucht.
Dauerbeschäftigung. Rück-
porto zuchriften an Postfach
50/A, Mähr-Ostau IX.
Tschechoslowakei.

Stellengesuche

Mädchen,

deutsch, anständig, ehrlich,
erfahren in allen Zweigen
des Haushalts, sucht Stel-
lung bei deutscher Herrschaft
als best. Stütze. Warchau
Kraak und Umgebung sehr
erwünscht. Off. n. 2198
an die Gefl. d. Btg.

Suche
für meinen Sohn, 16 1/2 J.
alt, groß u. kräftig. Lehr-
stelle in einem kaufmännischen
Beruf, wie Eisengeschäft,
Druckerei usw., möglichst bei
freier Station. Gefl. Zu-
schriften unt. 2197 an die
Gefl. d. Btg.

Schneiderin
sucht Beschäftigung außer
Haus, auch Land. Off. n.
2195 a. d. Gefl. d. Btg.

Suche

für meine Tochter, 17 J.
alt, Stellung in besserem
Hause. Gefl. Offert. unter
2193 a. d. Gefl. d. Btg.

Kochfrau
empfiehlt sich für familiäre
Festlichkeiten für Stadt und
Land. Kochfrau Jahn,
Waly Jana 11.

Schneiderin
fertigt billig Damen- u.
Kindergerode an.
Lazarz, Lukaszewicza 26
Wohnung 4.

Heirat

Förster,
28 Jahre, sucht Dame
bekanntsch. zwecks Heir.
im Alter von 16-25 J.
Offerten unt. 2194 an die
Gefl. d. Btg.

Geldmarkt

15 000 — 20 000 zł.
gegen 1. Hypothek von
mittler. ertragsreicher Land-
wirtschaft in der Umgegend
von Posen sofort gelöst.
Angebote mit näheren Be-
dingungen u. 2182 an die
Gefl. d. Btg.